

Hagedorny, Matheus; Schilk, Felix; Kiess, Johannes

Working Paper

Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten: Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation

Working Paper Forschungsförderung, No. 362

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hagedorny, Matheus; Schilk, Felix; Kiess, Johannes (2025) : Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten: Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation, Working Paper Forschungsförderung, No. 362, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/311826>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 362, Januar 2025

Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten

Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation

Matheus Hagedorny, Felix Schilk und Johannes Kiess

Auf einen Blick

Das Working Paper zeigt anhand von zwei Fallbeispielen, wie die sogenannte Neue Rechte linke und sozialpolitische Ansätze rezipiert: Die selektive und rhetorische Übernahme einiger solcher Ideen dient der Provokation, der Reduktion von Angriffsflächen und der scheinbaren Bearbeitung der „sozialen Frage“. Trotz Bezugnahmen auf nicht-rechte Ansätze bleibt die Ideologie der Neuen Rechten antiegalitär und auf Ungleichheit fokussiert. Konzepte wie der von Björn Höcke ausgerufene „solidarische Patriotismus“ oder die von Recherche Dresden propagierte „nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ fördern eine exkludierende Solidarität und die Verpflichtung aller auf Dienst, Gehorsam und Leistungsbereitschaft.

Autoren

Matheus Hagedorny, M. A., ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er forscht an der Universität Potsdam und zuletzt am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig zur Geschichte der Neuen Rechten.

Dr. Johannes Kiess ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig. Er forscht zu politischer Mobilisierung, Sozialisation, Einstellungen und Gewerkschaften.

Dr. Felix Schilk ist Soziologe und politischer Erwachsenenbildner. Er arbeitet und forscht an der Eberhard Karls Universität Tübingen zu Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus. Zuvor promovierte er an der Technischen Universität Dresden mit einer Arbeit über neurechte Krisennarrative.

© 2025 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten“ von Matheus Hagedorny, Felix Schilk und Johannes Kiess ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung.....	5
1. Einleitung.....	7
2. Das neurechte Netzwerk.....	10
2.1 Der Kampf um den vorpolitischen Raum.....	10
2.2. Mit Rechten reden? Ein aussichtsloses Manöver.....	12
2.3. Linke Leute von rechts.....	14
2.4 Die Legende vom „Großen Austausch“.....	16
2.5 Diskurspiraterie oder „Rollentausch“?.....	18
2.6 Forschungsstand und Fragestellung.....	20
3. Steigra-Schnellroda: Der metapolitische Motor.....	23
3.1 Provokation mit linken Renegaten.....	24
3.2 Vom Nationalen Sozialisten zum Ideologen der Höcke-AfD.....	27
3.3 Benedikt Kaisers „Blick nach Links“.....	30
3.4 Der populistische Moment.....	32
3.5 Marx von rechts.....	34
3.6 Das Programm des „solidarischen Patriotismus“.....	37
4. Recherche Dresden: Das neurechte Transferprojekt.....	40
4.1 Wirtschaftspolitisches Rüstzeug für die AfD.....	41
4.2 Linke Gesprächspartner in der „Interview-Falle“.....	44
4.3 „Sprache ist Macht“.....	45
4.4 „Nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ mit Marx und Luxemburg.....	48
4.5 Die „Agenda 2030“.....	50
4.6 „Sozial ist Familie“.....	52
5. Fazit.....	55
Quellen.....	62

Abbildungen

Abbildung 1: Überblick über die extrem rechte Publizistik.....	21
Abbildung 2: Facebook-Eintrag von Björn Höcke am 1. Mai 2016	28
Abbildung 3: Publikationen von Benedikt Kaiser im Antaios-Verlag.....	29
Abbildung 4: Benedikt Kaiser inszeniert sich als rechter Erbe von Marx	35
Abbildung 5: Björn Höcke bespricht in seinem Facebook-Kanal Kaisers Buch „Solidarischer Patriotismus“	39
Abbildung 6: Cover der Quartalszeitschrift „Recherche D“	42
Abbildung 7: Lexikon-Eintrag „Soziales“ von Recherche Dresden	47
Abbildung 8: Werbung für eine „Antimarxistische Feier“ der Aktion451	55

Zusammenfassung

Der Aufstieg der extremen Rechten ist nicht nur eine Herausforderung für demokratische Institutionen, sondern auch für Sozialpolitik und die Gewerkschaftsarbeit. Im Umfeld des Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke steht eine entlang völkischer Kriterien diskriminierende Sozialpolitik hoch im Kurs. Die rechtsextreme Pseudo-Gewerkschaft „Zentrum“ versucht über Betriebsratsmandate im vorpolitischen Raum der Betriebe Fuß zu fassen. Führende Köpfe der Neuen Rechten wollen sich „Marx von rechts“ aneignen und zitieren linke Theoretiker:innen wie Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci.

Grundsätzlich sind „linke“ Ideen und Theorien mit der Idee der Gleichheit verbunden – eine Vorstellung, die geradezu die Antithese extrem rechter Weltanschauungen darstellt. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen, am drängendsten davon die folgende: Gibt es Rechtsaußen so etwas wie „soziale Theorien“, eine sozialpolitische Doktrin oder gar ein entsprechendes Programm?

In der vorliegenden Studie systematisieren wir neurechte Autor:innen, Konzepte und theoretische Ansätze entlang der Leitfrage, wie sie linke Autor:innen und Denktraditionen rezipieren. Im Zuge unserer Untersuchung beleuchten wir das Phänomen „Neue Rechte“, räumen mit Missverständnissen rund um die Szene und ihre Strategien auf und klären, ob es sich bei den linken Versatzstücken um strategische Verwirrspiele, rhetorische Provokationen oder um einen authentischen ideologischen Wandel handelt. Wir entwickeln die These, dass es sich dabei um eine selektive Übernahme und instrumentelle Umdeutung von linken Ideen handelt.

Der Begriff „Neue Rechte“ entstand als Eigenbezeichnung ab Mitte der 1960er Jahre in Abgrenzung zur durch den Nationalsozialismus belasteten „alten Rechten“. Die Neue Rechte beruft sich auf politische Strömungen, die auch als „Konservative Revolution“ bezeichnet werden. Heute wird der Begriff „Neue Rechte“ uneindeutiger verwendet. Mal bezeichnet er allgemein das politische Feld rechts der Union, mal den vorpolitischen Raum der AfD und gelegentlich ein diffuses aktivistisches Milieu, das sich selbst als rechtsalternativ ausgibt.

Die Neue Rechte im engeren Sinne folgt einer metapolitischen Hegemoniestrategie und adaptiert dafür immer wieder auch Versatzstücke linker Autor:innen: Erstens zur Provokation linker und liberaler Gegner, zweitens, um die Angriffsfläche zu verringern, und drittens, um den Eindruck zu erwecken, ein zentrales Arbeitsfeld der politischen Linken zu übernehmen – die soziale Frage.

Allerdings bleiben auch die „linken Leute von rechts“ ihrem Lager treu. Einen grundlegenden ideologischen Wandel kann und soll die Vereinnah-

mung linker Ansätze nicht bewirken. Auch konkretere Vorstellungen, etwa der von Björn Höcke ausgerufene und von Benedikt Kaiser ausgearbeitete „solidarische Patriotismus“ oder die von Felix Menzel geforderte „nachbarschaftliche Marktwirtschaft“, bilden hier keine Ausnahmen. Wir können allerdings zeigen, dass sich das Verhältnis dieser beiden exemplarischen Fälle zu den politischen Ideen der Linken graduell unterscheidet.

Kaiser sucht die Auseinandersetzung mit linken Klassikern und Gegenwartsautor:innen durchaus mit der Absicht, Leerstellen in der eigenen Szene zu bearbeiten und ihr neue Impulse zu geben. Diese sollen als „Gebrauchsfertige Theoriebausteine“ (Schilk 2018) dienen, um die eigenen Erzählungen vom Niedergang der modernen Gesellschaft zusätzlich zu legitimieren. Bei Menzel ist der Bezug auf linke Theorien weit oberflächlicher, instrumenteller und letztlich auch folgenloser. Seine Referenzen auf Marx und Luxemburg sowie die Beschwörung des linken Feindbilds stehen konsequenzenlos nebeneinander.

Dennoch: Neurechte, die vorgeben, eine sozialpolitische Doktrin auszuarbeiten, sprengen so gut wie nie den Rahmen extrem rechter Ideologieproduktion. Sie gewichten den linken Leitwert der Gleichheit – der Begriff wird zugunsten von Homogenität vermieden – nicht stärker als den rechten Leitwert der Ungleichheit. Statt Gleichheit für alle geht es ihr um die konkrete Ausdeutung von regressiven Zugehörigkeitsansprüchen und Gerechtigkeitsvorstellungen und somit um Varianten einer antiegalitären Herrschaftsform. Auch der „solidarische Patriotismus“ plädiert eindeutig für eine exkludierende Solidarität.

In der vorliegenden Arbeit stellen wir insbesondere auf zwei Fallstudien zum Komplex Steigra-Schnellroda und zum Publikationsprojekt Recherche D ab. Mit Felix Menzel und Benedikt Kaiser nehmen wir zwei zentrale Protagonisten der Szene in den Fokus, an denen sich exemplarisch zeigen lässt, wie neurechte Ideologieproduktion konkret aussieht und in welchem Verhältnis sie zur parteipolitischen Arbeit der extremen Rechten steht. Da beide Akteure mittlerweile im Parteiapparat der AfD arbeiten, lassen sich aus den Ergebnissen auch Hypothesen über künftige sozialpolitische Strategien der AfD sowie mögliche innerparteiliche Konfliktlinien ableiten.

1. Einleitung

Mit dem Leitspruch „Right is right and left is wrong“ begrüßte das Weblog der neurechten Zeitschrift *Sezession* bis 2016 sein Publikum. Den klaren Trennungsstrich zwischen Rechts und Links zieht die sogenannte „Neue Rechte“ seither allerdings weniger eindeutig. Führende Köpfe dieses politisch-publizistischen Netzwerks wollen sich „Marx von rechts“ aneignen, zitieren linke Theoretiker:innen wie Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci und inszenieren sich als „Linke Leute von rechts“ (Schüddekopf 1960). Die ohnehin schon weitverbreitete Verwirrung über die Neue Rechte wird dadurch weiter vertieft.

Seit etwa 15 Jahren hat der schillernde Begriff eine Eigendynamik entwickelt: mal bezeichnet er das politische Feld rechts der Union, mal den vorpolitischen Raum der AfD und gelegentlich ein diffuses aktivistisches Milieu, das Protestformen der Linken zweckentfremdet. Diese Studie will das Phänomen „Neue Rechte“ beleuchten, mit verbreiteten Mythen aufräumen und klären, ob es sich bei den linken Versatzstücken um strategische Verwirrspiele, rhetorische Provokationen oder um einen authentischen ideologischen Wandel handelt.

Angesichts des politischen Aufstiegs der AfD sind diese Fragen tagespolitisch relevant. Bereits 2015 diskutierten neurechte Vordenker wie Karlheinz Weißmann (2015), wie die Partei „zu einer Volkspartei“ werden kann. Dafür müsse sie „den Kampf um Ideen führen, Begriffe finden, bestimmen und in Umlauf bringen, ihren Leuten tragfähige Argumente an die Hand geben, die über das hinausgehen, was im nächsten Wahlkampf ansteht“. Die Neue Rechte unterstützt diese Entwicklung seit vielen Jahren durch die ideologische und strategische Schulung von profiliertem Personal, das in den AfD-Fraktionen der Landesparlamente und im Bundestags aktiv ist (vgl. Barthel et al. 2024).

Die Neue Rechte ist aber weit mehr als die Handlangerin der Rechtsaußenpartei, die sich zwischen rechtsradikalem Populismus und rechts-extremer Demokratiefeindschaft bewegt (vgl. Biskamp 2021). Durch ihre Publikationsorgane und Denkfabriken sowie die parteiunabhängige Netzwerkstruktur hat sich die Neue Rechte längst als eine eigenständige Subkultur etabliert, die entscheidend zur Modernisierung und strategisch-programmatischen Entwicklung der äußersten Rechten beiträgt.

Der Begriff „Neue Rechte“ verweist – sowohl in der Eigendarstellung als auch in der Außenwahrnehmung – auf Veränderungen im Spektrum der bundesdeutschen extremen Rechten ab Mitte der 1960er Jahre (vgl. Langebach/Raabe 2016, S. 562). Parallel zur Entstehung der damals u. a. in Baden-Württemberg erfolgreichen radikalnationalistischen Sammlungspartei NPD sowie weiteren revisionistischen Parteien und Vereinen

gründeten sich damals neue Gesprächszirkel und Zeitschriftenprojekte, die sich selbst als Neue Rechte bezeichneten (vgl. Schönekäs 1990).

Mit der rhetorischen Erneuerung sollte ein Bruch mit der in der Öffentlichkeit durch den Nationalsozialismus belasteten „alten Rechten“ markiert werden. Die Neue Rechte berief sich dafür auf politische Strömungen, die auch als „Konservative Revolution“ bekannt sind (vgl. Weiß 2015; Gebhardt 2024) und die in der Weimarer Republik danach strebten, die liberale Demokratie abzuschaffen (vgl. Sontheimer 1962).

Das Verhältnis der „Konservativen Revolution“ zum nationalsozialistischen Regime ist ambivalent. Einige ihrer namhaften Protagonisten wie Ernst Jünger und Oswald Spengler grenzten sich habituell und zum Teil auch inhaltlich vom Naziregime ab. Andere wie der Staatsrechtler Carl Schmitt oder der Soziologe Hans Freyer beteiligten sich als konstruktive Denker an der ideologischen Legitimation des Großdeutschen Reiches. Wie die heterogenen Denker der „Konservativen Revolution“ zeichnet sich auch die Neue Rechte durch einen antidemokratischen Binnenpluralismus aus, weshalb sie eigentlich im Plural bezeichnet werden müsste (vgl. Langebach/Raabe 2016, S. 581).

Trotz ihrer „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2017, siehe das folgende Kapitel) ist sie ein integraler Teil der äußersten Rechten, die durch ihre oberflächliche Distanz zum Nazismus und Neonazismus als „Scharnier“ zwischen bürgerlichem Konservatismus und extremer Rechter fungiert (vgl. Gessenharter 1989). Die Neue Rechte will die Schwellenangst bürgerlich-konservativer Milieus, sich zum offen demokratiefeindlichen Lager zu bekennen, verringern. Ideologisch ist sie jedoch meist „alter Faschismus in neuen Schläuchen“ (Wölk 2020).

Beim Blick auf die organisatorischen und strukturellen Entwicklungen in der gegenwärtigen äußersten Rechten verlieren klassische Kader- und Parteistrukturen global an Bedeutung. Vor allem in den liberalen Demokratien hat sich in den letzten Dekaden ein unübersichtliches und international vernetztes Geflecht von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen herausgebildet, das agil – also beweglich, anpassungsfähig und nicht durch größere hierarchische Strukturen gesteuert – handelt (vgl. Blee/Latif 2020).

Wenn hier von der äußersten Rechten die Rede ist, dann adressiert dieser Sammelbegriff sowohl die radikale Rechte, die sich gegen die liberale Demokratie richtet, als auch die extreme Rechte, die sich zusätzlich durch die Missachtung von Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip auszeichnet (vgl. Mudde 2021, S. 20). Im Bekenntnis zum Nativismus treffen radikale und extreme Rechte zusammen.

Mit dem Forschungsbegriff äußerste Rechte (Far Right) reagieren Wissenschaftler:innen darauf, dass populistische Rechtsradikale und conse-

quent antidemokratische Rechtsextremisten in der Praxis kaum voneinander zu unterscheiden sind, weil sie ihre Strategien situativ anpassen und häufig arbeitsteilig agieren. Bei der analytischen Unterscheidung geht es daher eher um graduelle als um qualitative Unterschiede (vgl. Pirro 2023). Auch die Neue Rechte kann in diesem Sinne als Avantgarde für Diskurskoalitionen zwischen demokratischer und extremer Rechter verstanden werden (vgl. Schilk 2024, S. 167–170).

In diesem Arbeitspapier untersuchen wir, wie neurechte Debatten an linke Theoriebildung anzuschließen versuchen. Wenn hier von der Linken die Rede ist, dann verstehen wir darunter sämtliche Positionen und Begriffe, deren Leitwert die Gleichheit ist, während sich die Rechte am Leitwert der Ungleichheit orientiert, von dem sie die Notwendigkeit gesellschaftlicher Hierarchien ableitet. Wir folgen darin dem Politikwissenschaftler Norberto Bobbio (2021, S. 70), der festhält, dass diese Unterscheidung „das einzige Kriterium [ist], das dem Verschleiß [...] durch die Zeit widersteht“. Wir werden zeigen, dass sich dieses Kriterium noch immer sehr gut eignet, um die Neue Rechte politisch einzuordnen.

In der vorliegenden Studie wollen wir insofern ein (scheinbares) Paradox aufklären: Wir systematisieren neurechte Autor:innen¹, Konzepte und theoretische Ansätze entlang der Leitfrage, wie sie linke Autor:innen und Denktraditionen vereinnahmen und entwickeln die These, dass es sich dabei um eine selektive Übernahme und instrumentelle Umdeutung von linken Ideen handelt.

Für diese Literaturübersicht haben wir relevante Texte und Autoren auf Grundlage der bestehenden Sekundärliteratur ausgewählt. Die Primärquellen erschließen wir vor dem Hintergrund der übergreifenden Fragestellung. Eine umfassende Rekonstruktion der neurechten Diskurse oder die Analyse einzelner Autoren ist nicht das Ziel der Studie.

Im Folgenden geben wir zunächst einen grundlegenden Überblick über die Neue Rechte und ihre Strategien (Kapitel 2). Anschließend stellen wir in zwei Fallstudien zwei exemplarische neurechte Netzwerke vor, in denen wirtschaftspolitische Themen aus unterschiedlichen Perspektiven bearbeitet werden. Es handelt sich dabei um den Komplex Steigra-Schnellroda (Kapitel 3) und das Publikationsprojekt *Recherche D* aus Dresden, das in der Fachliteratur bisher kaum untersucht worden ist (Kapitel 4). Abschließend fassen wir unsere Ergebnisse im Hinblick auf die Relevanz für die Gewerkschaftsarbeit zusammen (Kapitel 5).

1 Wir verwenden geschlechterinklusive Sprache in dieser Arbeit dort, wo es uns inhaltlich sinnvoll erscheint. Wenn es sich bei neurechten Autoren ausschließlich um Männer handelt, greifen wir bewusst auf das generische Maskulinum zurück.

2. Das neurechte Netzwerk

Die zugänglichsten Schaufenster der Neuen Rechten – und daher unser vorrangiges Untersuchungsmaterial – sind ihre Publikationen. Zentrale publizistische Knotenpunkte sind die in Berlin erscheinende Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), die seit 1986 von Dieter Stein (*1967) herausgegeben wird (vgl. Botsch 2017a), und die seit 2003 im Zweimonatsrhythmus erscheinende Zeitschrift *Sezession*, die Götz Kubitschek (*1970) von seinem Wohnort im sachsen-anhaltinischen Dorf Steigra-Schnellroda aus als verantwortlicher Redakteur betreut (vgl. Der Rechte Rand 2020).

Beide Projekte orientieren sich an der antidemokratischen Rechten der Weimarer Republik, die von den Akteuren und Teilen der Forschung unter dem Begriff „Konservative Revolution“ geführt wird. Um die JF gruppieren sich das vierteljährlich erscheinende Magazin *Cato*, die *Bibliothek des Konservatismus* (BdK) und die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF), die im selben Gebäude in Berlin-Charlottenburg ansässig sind (vgl. Hümmler 2021).

Die *Sezession* wurde lange Zeit vom Thinktank *Institut für Staatspolitik* (IfS) herausgegeben, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde und sich Anfang 2024 aus taktischen Gründen selbst aufgelöst hat (vgl. Litschko 2024).

Der Name der Denkfabrik verwies in doppelter Weise auf die Aneignung linker Inhalte: Zum einen verwendete das *Institut für Staatspolitik* das gleiche Kürzel wie das 1923 in Frankfurt am Main gegründete *Institut für Sozialforschung*, das sich unter Leitung von Max Horkheimer zum Zentrum der Kritischen Theorie entwickelte. Zum anderen war die Gründung des neurechten IfS im Jahr 2000 als Antwort auf das von Jan-Philipp Reemtsma geleitete *Hamburger Institut für Sozialforschung* angelegt. Das Hamburger Institut war der äußersten Rechten ein Dorn im Auge (z. B. Stein 1999), weil es zwischen 1995 und 1999 mit der bundesweiten Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ über die nationalsozialistischen Verbrechen aufgeklärt hatte.

2.1 Der Kampf um den vorpolitischen Raum

Die Arbeit der Neuen Rechten konzentrierte sich von Beginn an auf vorpolitische Räume in Bildungsinstitutionen, Militär, Kulturbetrieb, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft. Diese häufig auch als „Metapolitik“ bezeichnete Strategie geht selbst auf eine Aneignung linker Theorie in den 1980er Jahren zurück (vgl. Bar-On 2007, S. 79–90). Damals formulierte der französische neurechte Ideologe Alain de Benoist (*1943) das

Konzept einer gegenhegemonialen „Kulturrevolution von rechts“ (Benoist 1985), die heute unter anderem vom aktionistischen Netzwerk der „Identitären Bewegung“ aufgegriffen wird (vgl. Müller 2020; Pfahl-Traughber 2022).

Zum einen sollte damit die von der Neuen Linken rezipierte Kulturrevolution in China (1966–1977) umgedeutet werden. Zum anderen bezog sich Benoist auf den italienischen KP-Vorsitzenden Antonio Gramsci (1891–1937), der als Häftling des faschistischen Regimes eine Revision der aus seiner Sicht ungenügenden marxistischen Revolutionstheorie vorgenommen hatte.

In seinen zwischen 1926 und 1935 entstandenen „Gefängnisheften“ hielt Gramsci unter anderem fest, dass die Voraussetzung für eine erfolgreiche sozialistische Revolution die Hegemonie sozialistischer Ideen im vorpolitischen Raum sei. Laut Gramsci reproduziert sich die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft durch eine alle Lebensbereiche durchdringende hegemoniale Kultur, die den Staatsapparat ideologisch flankiert (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007). Aufgabe der Revolutionäre sei es daher, in allen gesellschaftlichen Bereichen gegenhegemoniales Wissen zu entwickeln und dieses Wissen an andere Menschen zu vermitteln.

Anstatt Gramscis egalitärer (und im Sinne Bobbios damit genuin linker) Überzeugung zu folgen, wonach potenziell alle Menschen derartige „organische Intellektuelle“ seien, nutzt die Neue Rechte einzelne Konzepte von Gramsci seither als Steinbruch für eine antidemokratische Infiltrationsstrategie, die von einer geistigen Elite umgesetzt werden soll (vgl. Müller 2020). Eine systematische Rezeption oder Auseinandersetzung mit Gramsci hat es auf neurechter Seite hingegen nie gegeben.

Neurechte wollen hegemoniale Ideologie produzieren und für die gesellschaftliche Akzeptanz rechter Menschen- und Gesellschaftsbilder sorgen. Langfristiges Ziel dieser metapolitischen Arbeit ist ein rechtsautoritärer Umbau von Staat und Gesellschaft. Aktuell gilt im Kernmilieu der Neuen Rechten der „illiberale“ Autoritarismus des ungarischen Orbán-Regimes als realpolitisch greifbares Gegenmodell zu liberalen Demokratien in der EU (z. B. Sellner 2016b), da er die ungarische Gesellschaft auf eine nationalistische und konservative Ordnung hin entwickelt (vgl. Marsovszky 2023; vgl. Pfahl-Traughber 2024).

Historisch bezieht sich die Neue Rechte affirmativ unter anderem auf diverse Faschismen abseits des Nationalsozialismus wie den „Eurofaschismus“ des französischen Nazi-Kollaborateurs Pierre Drieu la Rochelle (1893–1945) und des britischen Faschisten Oswald Mosley (1896–1980), den italienischen und spanischen Faschismus sowie den portugiesischen Estado Novo (1933–1974) – ein langlebiges autoritäres Einparteiensystem unter António de Oliveira Salazar (1889–1970), das sich

auch an faschistischen Ständestaat-Konzepten orientierte (z. B. Kaiser 2011; Mohler 2020; Salazar 2020).

Ein wichtiger Baustein rechtspopulistischer Wahlerfolge ist die affekt-politische Bewirtschaftung von gesellschaftspolitischen „Triggerpunkten“ wie Gender, Klimaschutz und soziale Ungleichheit (vgl. Mau/Westheuser/Lux 2023). Neurechte wollen darüber hinaus grundlegende rechte Deutungsmuster für politische, soziale und kulturelle Felder etablieren (vgl. Kellershohn et al. 2023, S. 6–7), indem sie suggestive Erzählungen von Niedergang und Zusammenbruch verbreiten (vgl. Schilk 2024).

Seit einigen Jahren haben sie dabei auch die Arbeitswelt als wichtiges Aktionsfeld entdeckt. Mit dem rechten Betriebsnetzwerk *Zentrum* (ehemals *Zentrum Automobil*) wird neurechte Metapolitik auf den Kernbereich der Gewerkschaftspolitik ausgeweitet (vgl. Aderholz 2021; Kim 2022; Schroeder et al. 2022). Auf diesem Weg kommt der Kampf um Hegemonie auch in den Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, bei Gewerkschaftssekretär:innen sowie einzelnen Mitgliedern an.

Diese Auseinandersetzungen sind vor dem Hintergrund von in der Bevölkerung verbreiteten rassistischen und antidemokratischen Einstellungen sowie der Erfolge der AfD unter Kolleg:innen eine Herausforderung. Für die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der extremen Rechten ist daher von zentraler Bedeutung, wie linke Ideen und Konzepte von der Neuen Rechten aufgegriffen und metapolitisch genutzt werden.

2.2. Mit Rechten reden? Ein aussichtsloses Manöver

Die Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten ist auch deshalb mühsam, weil sie Grundannahmen demokratischer Debattenkultur herausfordert, die in Gewerkschaften und der gesellschaftlichen Linken verbreitet sind. Argumentationen der äußersten Rechten lassen sich kaum durch Aufzeigen ihrer logischen Widersprüche entlarven und damit „erledigen“. Im rechten Denken ist die Welt nicht grundsätzlich erkenn- und gestaltbar, sondern lediglich ein „ungeordnetes Chaos, dem bestenfalls geordnete Provinzen abzutrotzen sind“ (Weißmann 2014, S. 32).

Neurechte sehen, wie zu zeigen sein wird, bedenkenlos über logische Inkonsistenzen hinweg und orientieren sich nicht an universellen sozialen Normen und Wahrheitsansprüchen. Im Menschenrechtsuniversalismus und der internationalen Solidarität sehen sie, im Gegenteil, Zeichen von dekadenter „Hypermoral“ (Gehlen 1969). Statt an moralischem Universalismus und egalitärer Zusammenarbeit orientieren sie sich an der Logik

des kollektiven Überlebenskampfes in einer ewig gewaltträchtigen Welt (z. B. Lichtmesz 2011; Fritze 2021; kritisch Hacke 2020).

Vor diesem partikularistischen Horizont gestalten sie ihre metapolitische Arbeit in verschiedenen Teilöffentlichkeiten. Parallel zum subkulturellen „Gegenwissen“ (Schwerin 2022) der linken Neuen Sozialen Bewegungen hat sich auch ein rechtsalternatives Pendant herausgebildet.

Der Zusammenhalt neurechter Milieus konsolidiert sich durch eine gegen Einwände von außen abgedichtete „Gefühlsgemeinschaft“ (Spissinger 2024) und eine von redundanten Weltbeschreibungen durchgezogene „Erzählgemeinschaft“ (Schilk 2024): Ihre Akteure verbindet das Empfinden, gegen ein bevormundendes System zu kämpfen und eine Gegenauflärung in sich zu tragen, deren Inhalte ex negativo bestimmt werden. Sie kultivieren eine Weltdeutung, die von Motiven der individuellen Entfremdung von der modernen Welt, des gesellschaftlichen Verfalls (Dekadenz) und einer anstehenden Apokalypse durchzogen ist.

Das identitätsstiftende Feindbild ist der Liberalismus, unter den eine breite Palette an politischen Gegner:innen gefasst wird: staatliche und zivilgesellschaftliche Fürsprecher:innen einer inklusiven Gesellschaftspolitik, Kritiker:innen eines vorreflexiven Nationenverständnisses und überhaupt alle Personenkreise und politischen Kräfte, die als traditionsfeindliche Kräfte wahrgenommen werden (vgl. Becker/Fücks 2020).

Historisch ist der Kampf gegen Universalismus, Liberalismus und Egalitarismus außerdem eng mit dem Antisemitismus verknüpft, da Antisemit:innen genau diese Prinzipien auf Jüdinnen und Juden projizieren (vgl. Volkov 2000). In jüngster Zeit spielen zudem queerfeindliche Ressentiments eine wichtige Rolle für die Themensetzungen und politischen Mobilisierungen der äußersten Rechten (vgl. Behrens et al. 2024).

Neurechte Gegenintellektuelle wollen antidemokratisches Denken in wissenschaftlichen und massenmedialen Öffentlichkeiten normalisieren, um aus ihrer Minderheitenposition heraus in den gesellschaftlichen Mainstream zu dringen (vgl. Brown/Mondon/Winter 2023).

Der neurechte Aktivist und Verleger Götz Kubitschek hat zu diesem Zweck drei Kommunikationsstrategien skizziert: Durch transgressive „Provokation“ (Kubitschek 2018) sollen erstens permanent gesellschaftliche Tabus gebrochen und die Grenzen des Sagbaren verschoben werden. Zweitens soll durch taktische „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2017, S. 28) der Eindruck erweckt werden, dass die äußerste Rechte lediglich das will, was längst konsensfähig ist und bereits von etablierteren politischen Kräften durchgesetzt werden könnte. Daraus leitet sich drittens die für die „soziale“ Doktrin der Neuen Rechten wichtige Strategie der „Verzahnung“ ab.

Mit diesem ursprünglich militärischen Begriff beschreibt der ehemalige Reserveoffizier Kubitschek (2017, S. 28)

„die Auflösung klarer Fronten zu dem Zweck, die feindliche Artillerie am Beschuß zu hindern [...] Auf's Politische übertragen: Sprachlich kann man dadurch verzahnend vorstoßen, daß man zitiert und auf Sprecher aus dem Establishment verweist, die dasselbe schon einmal sagten oder wenigstens etwas Ähnliches.“

Als Kubitschek diese Strategie 2017 formulierte, war der Bezug auf linke Kapitalismuskritik ein eher randständiges Thema. Allerdings stellte Thor von Waldstein, ein anderer Vordenker des Instituts für Staatspolitik, im gleichen Jahr eine ultimative Forderung: „Entweder es kommen endlich die ‚linken Leute von rechts‘, oder es kommen überhaupt keine Leute von rechts.“ (von Waldstein 2017, S. 187)

Kurz nach dieser Einlassung wandten Mitstreiter von Kubitschek und Waldstein das Manöver der Verzahnung an. Datiert auf den 200. Geburtstag von Karl Marx warb der Inhaber des Dresdner Jungeuropa Verlags, Philip Stein, dafür, seine „Analysen den Klauen einer mit dem Kapitalismus kooperierenden Linken zu entreißen“ (Stein 2018, S. 11).

2.3. Linke Leute von rechts

Diese Gedanken sind keineswegs neu. „Linke Leute von rechts“ gab es bereits in der alten Rechten. Der französische Vordenker des Syndikalismus, Georges Sorel (1847–1922) griff die Ideen von Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) und Karl Marx (1818–1883) auf und ergänzte sie durch eine antilibérale Theorie der politischen Mythen, mit denen die Massen gegen die vermeintlich dekadente bürgerliche Demokratie mobilisiert werden sollten (vgl. Lenk 2005).

Sorels antiliberaler Syndikalismus ist nicht nur eine wichtige Referenz für die Neue Rechte, sondern gilt auch als wichtige Inspiration für den vom Ex-Sozialisten Benito Mussolini angeführten italienischen Faschismus (vgl. Sternhell 1999). In Deutschland forderte der 1930 abgedrängte Strasser-Flügel der NSDAP eine Bodenreform und Enteignungen, die sich nicht nur gegen die jüdische Minderheit richteten (vgl. Kühnl 1966; Moreau 1984). Die Maxime war eine gewaltsam exkludierende, nur scheinbar klassenlose Klassengesellschaft, in der der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht aufgehoben, sondern lediglich durch neue Konfliktlinien überlagert wurde (vgl. Adorno 1972).

Faschistische Bewegungen eigneten sich also Stichworte linker Kapitalismuskritik immer wieder an, um ihren egalitären Inhalt schließlich zu neutralisieren. Einmal an die Macht gekommen, verwirklichten sie rassen-

imperialistische und erlösungsantisemitische Programme, die im Falle Deutschlands im Versuch der Vernichtung der europäischen Juden und einer von Raub und Mord durchzogenen „Ökonomie der Zerstörung“ kulminierte (vgl. Friedländer 2008; Neumann 1944; Tooze 2007).

Was der Nationalsozialismus indes erreichte, war die symbolische Einheit von Arbeiter:innen- und Kapitalist:innenklasse in einer exklusiven „Volksgemeinschaft“, deren Integration durch Komplizenschaft in den Massenverbrechen des Regimes gewährleistet wurde.

Das schiere Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen hatte zur Folge, dass die bundesdeutsche äußerste Rechte nach 1945 nicht offensiv an den Nationalsozialismus anknüpfen konnte. Zu neuen politischen Orientierungspunkten wurden daher andere autoritäre Systeme und insbesondere die Faschismen in Portugal und Spanien, die die Reorganisation der äußersten Rechten in Westeuropa auch logistisch unterstützten. In der jungen Bundesrepublik entwickelte sich der doppelte Kampf gegen die DDR und die von den Besatzungsmächten vorangetriebene Entnazifizierung und Re-Education zu einem wichtigen Betätigungsfeld der äußersten Rechten (z. B. Schrenck-Notzing 1965).

Auf die weitreichende Tabuisierung von offener Judenfeindschaft und Rassenideologie nach der deutschen Niederlage reagierte die äußerste Rechte mit einer „Umwegkommunikation“ und programmatischen Neuorientierung. Biologistische Rassetheorien wurden einerseits durch Bezugnahmen auf Verhaltensforschung und pseudowissenschaftliche IQ-Tests (z. B. Lorenz 1973; Herrnstein/Murray 1994; vgl. exemplarisch die Argumentation in Sarrazin 2010) andererseits durch die instrumentelle Rezeption von ethnologischen und anthropologischen Argumenten abgelöst, die der neurechte Stichwortgeber Henning Eichberg (1973) zur Doktrin des „Ethnopluralismus“ zusammenführte.

Auch die von Kubitschek empfohlene Strategie der „Selbstverharmlosung“ ist ein Beispiel für diese Umwegkommunikation, wenngleich sich einzelne Publikationen seines Verlags auch an offensiven Provokationen versuchen (z. B. Rogalla von Bieberstein 2002).

Unter dem Eindruck einer starken und erfolgreichen Neuen Linken wollten nationalrevolutionäre Neurechte in den 1970er Jahren von Linken definierte Aktionsfelder besetzen. Sie unterstützten nationale Befreiungsbewegungen in der sogenannten „Dritten Welt“, bezogen den Antiimperialismus auch auf das geteilte Deutschland, beteiligten sich vor diesem Hintergrund an der sogenannten Friedensbewegung gegen die Nachrüstung und pflegten häufig eine antikapitalistische und antiamerikanische Rhetorik, die sich unter nationalistischen Vorzeichen gegen ökonomische und kulturelle Globalisierungsprozesse richtete (vgl. Sepp 2013).

Anlässlich des Zweiten Golfkriegs gelang Alain de Benoist (1990), dem wichtigsten Protagonisten der französischen Neuen Rechten, sogar die Veröffentlichung eines Texts über die „Doppelzüngigkeit des Westens in der Golfkrise“ in der linken *taz*.

2.4 Die Legende vom „Großen Austausch“

Überlegungen zu taktischer Kommunikation entsprachen dem Zeitgeist der 1970er Jahre und betrafen auch altrechte Milieus. Ein relevanter Teil der alten Rechten organisierte sich damals in der deutschen Exilcommunity in Argentinien, wohin nach 1945 viele NS-Funktionäre geflüchtet waren. In diesem Umfeld formulierte die damals 20-jährige Biologiestudentin Thora Ruth, wie eine rechte Ansprache auf der Höhe der Zeit aussehen könnte. In einem Leserinnenbrief an die exildeutsche Zeitschrift *La Plata Ruf* schrieb sie:

„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen‘ passen. Eine Werbeagentur muss sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn Kariert Mode ist, darf man kein Produkt mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚Die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Grosskapital muss verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.‘ Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein. Wollen wir ausgelacht oder angehört werden?“ (Ruth 1973, S. 25)

Was Ruth bereits dem altrechten Publikum empfahl, liegt auch der neu-rechten Kampagne zum „Großen Austausch“ zugrunde (vgl. Sellner 2016a). Hier wie dort wird die Erfahrung vieler Lohnarbeiter:innen als warenförmiges und marktgängiges Subjekt mit der alten rechtsextremen Paranoia vom „Volkstod“ verknüpft.

Diese doppelte Austausch-Legende teilt mit linker Kapitalismuskritik zunächst einen Befund: Die Menschen sind als Arbeitskraftbehälter im Kapitalverhältnis potenziell austauschbar. Migration kann tatsächlich den Konkurrenzdruck unter Un- und Angelernten verschärfen und wird auch deshalb von Industrie- und Handelsverbänden begrüßt. Allerdings verschieben Neurechte die sozioökonomische Konfliktlinie von oben (Kapitaleigner) und unten (eigentumslose Arbeitskräfte) zu einer rassistischen Konfliktlinie zwischen innen (Volksgemeinschaft) und außen (Fremdarbeiter).

In Sellners (2016a) Narrativ des „Großen Austauschs“ gibt es zusätzlich die Feindbilder der global agierenden „Austauscher“ und ihrer linksliberalen Helfershelfer, die vermeintlich muslimische Bevölkerungen nach Europa drängen, um dessen „ethnokulturelle Identität“ zu zerstören. Die „Austauscher“ repräsentieren etwas Drittes zwischen Innen und Außen und nehmen damit in der neurechten Umwegkommunikation den Ort ein, der von der alten Rechten in der antisemitischen Trope des globalistischen Juden konkretisiert wurde (vgl. Holz 2010; Roepert 2022).

Es ist daher kein Zufall, dass die Legende vom „Großen Austausch“ derzeit bevorzugt mit Ressentiments gegen den jüdischen Milliardär George Soros und seine liberale Open Society Foundation verknüpft wird. So schreibt etwa die der „Identitären Bewegung“ und dem IfS nahestehende neurechte Kampagnenplattform *Ein Prozent*:

„Regelmäßig erklären Gutmenschen, für eine Welt ohne Grenzen, den Multikulturalismus und die ‚offene Gesellschaft‘ zu kämpfen. Damit folgen sie derselben Agenda, wie die von dem Spekulanten und Milliardär George Soros finanzierten ‚Open Society Foundations‘. In Ungarn kämpft die Regierung schon seit langem gegen die Machenschaften des selbsternannten ‚Philanthropen‘. Doch auch hierzulande arbeiten NGOs an der Abschaffung Deutschlands. Linke und Kapital arbeiten Hand in Hand. Es fällt auf, dass die Einwanderungslobby nicht nur auf linke Gutmenschen beschränkt ist, sondern auch knallharte Kapitalisten und Ausbeuter umfasst. Denn Kapitalismus und Linke sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der einzige Unterschied liegt darin, dass die radikalen Erben von 1968 keine Geduld haben, sondern gleich aufs Ganze gehen wollen. Das zeigt sich konkret in der sogenannten ‚Flüchtlingsfrage‘: Linke wie Unternehmer argumentieren, dass Einwanderung notwendig sei, um ausreichend Arbeitskräfte zu Verfügung zu haben. Dabei wird der Bedarf an Arbeitsplätzen in Zukunft abnehmen. Wer Masseneinwanderung fordert, fordert also hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und eine zunehmende Prekarisierung der Bevölkerung.“ (Ein Prozent 2018)

Womit Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke heute wieder stärker konfrontiert sind „ist das Gespür – nicht die theoretische Einsicht – der extremen Rechten für das buntscheckige Mit- und Gegeneinander sozialer Interessen an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft“ (Kellershohn et al. 2023, S. 18).

War die 2013 gegründete AfD ursprünglich als eher marktradikal-eurokritische Honoratiorenpartei angetreten, so hat sich spätestens seit 2015 eine national-soziale Parteiströmung Geltung verschafft und die Radikalisierung der Partei kontinuierlich vorangetrieben. Sie erweitert das sozialpolitische Spektrum der AfD um ein neues Rezept: Statt allgemeinem Sozialkahlschlag im Sinne neoliberaler Angebotspolitik schlug der „Flügel“ um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke eine entlang völkischer Kriterien diskriminierende Sozialpolitik vor (vgl. Dietl 2018).

Die Frage, wie „exkludierende Solidarität“ zu organisieren sei, hält die AfD und ihr Vorfeld unter Spannung (vgl. Sorce et al. 2022). Der von ihren Akteuren erkannte „schwelende Konflikt innerhalb der Neuen Rechten“ (Stein 2018, S. 9) besteht zwischen einer neoliberal-autoritären und einer völkisch-nationalsozialen Richtung (vgl. Schilk 2020). In diesem latenten Konflikt, der sich mit indirekten Regierungsbeteiligungen der AfD zu einem offenen Schlagabtausch entwickeln könnte, spielt Ideologieproduktion eine wichtige Rolle.

2.5 Diskurspiraterie oder „Rollentausch“?

Ideologie und Theorie lassen sich kaum trennscharf voneinander unterscheiden. Laut Michael Freeden (2022) haben Theorien grundsätzlich den Anspruch falsifizierbar zu sein, während Ideologien theoretische Ansätze vor allem als Axiome nutzen und sie in einer Weise verknüpfen, die sie von anderen ideologischen Formationen unterscheidbar macht. In der Praxis sind die Übergänge zwischen Theorie und Ideologie häufig fließend.

Neurechte instrumentalisieren diejenigen Fragmente einer politischen Theorie, die entweder mit ihrer affekt- und narrativgetriebenen Gesinnungsgemeinschaft kongruent sind oder aber in nicht-rechten Öffentlichkeiten als besonders akzeptabel erscheinen und deshalb als Legitimation für antiegalitäre Positionen dienen können.

Die neurechte Instrumentalisierung von linker Theorie wird häufig auch als „Diskurspiraterie“ bezeichnet (vgl. Schobert 2009; Wamper/Kellershohn/Dietzsch 2010). Neurechte Diskurspiraten versuchen, die politische, wissenschaftliche oder aktivistische Kritik am Widerspruch von Kapital und Arbeit sowie den „Triggerpunkt“ soziale Ungleichheit aufzugreifen und sie zugleich im Sinne einer antiegalitären Zielsetzung umzudeuten. Es ist bezeichnend, dass etwa der Begriff „soziale Ungleichheit“ in neurechten Publikationen nicht auftaucht und dort ausschließlich von „sozialer Ungerechtigkeit“ die Rede ist (vgl. Schilk 2020, S. 154).

Diese Strategie ist erfolgreich. So beteiligte sich der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* an der sozialpolitisch aufgeladenen Populismus-Debatte. Als „[r]echter Ideologe und schlechter Soziologe“ (Biskamp 2019) rezipierte Gauland (2018) die politikwissenschaftliche Cleavage-Theorie, in der kulturelle und ökonomische Konfliktlinien unterschieden werden, und spitzte sie auf einen plakativen Antagonismus von kosmopolitischen „Anywheres“ und heimatverbundenen „Somewheres“ zu. In einer auf dem

Beitrag aufbauenden Rede vor dem neurechten IfS charakterisierte Gauland die AfD wenig später als

„eine Sammlungsbewegung aus zwei Parteien. Zum einen ist es die bürgerliche Mittelschicht, zu der auch der wirtschaftliche Mittelstand gehört, das ökonomische Rückgrat unseres Landes, der nicht einfach sein Unternehmen nach Indien verlagern kann, um dort besonders billig zu produzieren. Auf der anderen Seite sind es viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs entweder miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen. Das sind zugleich diejenigen, die als erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen. Sie können nicht einfach wegziehen und woanders Golf spielen.“ (Gauland 2019, S. 18)

Gauland neutralisiert den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, indem er standortgebundenen Unternehmer:innen und Arbeitskräften eine Kongruenz ihrer Interessen unterstellt.

Wie eine Untersuchung der Universität Jena gezeigt hat, ist ein derartiges globalisierungskritisches und korporatistisches Standortdenken unter Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften durchaus anschlussfähig (vgl. Bose/Köster/Lütten 2020). Vor diesem Hintergrund kann Gauland das Argumentationsmuster vom „Rollentausch“ bedienen. Demzufolge übernehme die politische Rechte angeblich vakante Positionen der politischen Linken, die ihre Rolle als Anwältin der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr wahrnehme (vgl. Vogel/Deus/Peters 2024).

Tatsächlich ist Gaulands rhetorischer Rollentausch aber alles andere als neu. Globalisierungs- und konsumkritische Einwände haben in traditionellen und modernitätsskeptischen konservativen Milieus schon immer Resonanz gefunden. So verteidigte Gauland selbst bereits als konservatives CDU-Mitglied den „Eigenwert des Nichtökonomischen“ gegen „marktorientierte Grüne und Sozialdemokraten“ und schrieb:

„Anders als die neuen Liberalen, zu denen auch führende Sozialdemokraten gehören, bestehen die Konservativen auf dem Erhalt der Kräfte, die das gesellschaftliche Gleichgewicht bewahren helfen. Alles, was das Tempo verlangsamt, den Zerfall aufhält, in dem es die Globalisierung einhegt, ist deshalb gut und richtig: Traditionen und Mythen, Glaubensbekenntnisse und Kulturen, Ethnien und Grenzen. Selbst Vorurteile haben hier, sofern sie nicht in Gewalt und Rassismus umschlagen, ihre stabilisierende Wirkung.“ (Gauland 2000, S. 24)

Wo sich neurechte Provokation, Selbstverharmlosung und Verzahnung mit einer oberflächlichen Aneignung linker Kritik begnügen können, erfordert ein langfristiger „Rollentausch“ einen größeren Aufwand.

Wer dieses Ziel erfolgreich umsetzen will, muss ein tieferes Interesse an einigen in der Linken vertretenen Positionen haben, die von rechts an-

schlussfähig sind. Linke ausfindig zu machen, die sich in das rechte Ideologieensemble integrieren lassen und zugleich das gegnerische Lager verunsichern und spalten, gehört zu den erklärten Arbeitsfeldern dieser politischen Subkultur. Auch punktuelle Zusammenarbeit in einer sogenannten „Querfront“ gehört, solange die rechte Seite dabei die Oberhand behält, zu den Hegemoniestrategien der Neuen Rechten (vgl. Kaiser 2017c).

In diesem Zusammenhang ist auch das neurechte Lob für ehemals gewerkschaftsnahe Theoretiker wie den Soziologen Wolfgang Streeck zu sehen, der den Leser:innen der führenden Zeitschrift der französischen Neuen Rechten erst kürzlich ausführlich vorgestellt wurde (vgl. Hennetier 2024). In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* hat sich Streeck allerdings für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ausgesprochen (vgl. Weisbrod 2024).

Aufseiten der Neuen Rechten ist deshalb der Argwohn groß (z. B. Kaiser 2023; Fiß 2024), dass die ehemalige Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht mit ihrer neuen Partei seit Ende 2023 ein politisches Angebot präsentiert, das ebenfalls behauptet, vakante Kernaufgaben der Linken zu übernehmen und angeblich einen Teil des AfD-Wähler:innen-Potenzials an sich binden will.

Die neurechte Absicht, den „Rollenwechsel“ zu inszenieren, trifft aktuell also auf ein nicht minder ambitioniertes „metapolitisches“ Unternehmen von Wagenknecht. Die promovierte Ökonomin hat ihrerseits einen „Linkskonservatismus“ ausgerufen und kann mit ihrer zentral geführten Partei „rechte Politik machen, ohne dass Rechte mitmachen“ (Nachtwey 2024).

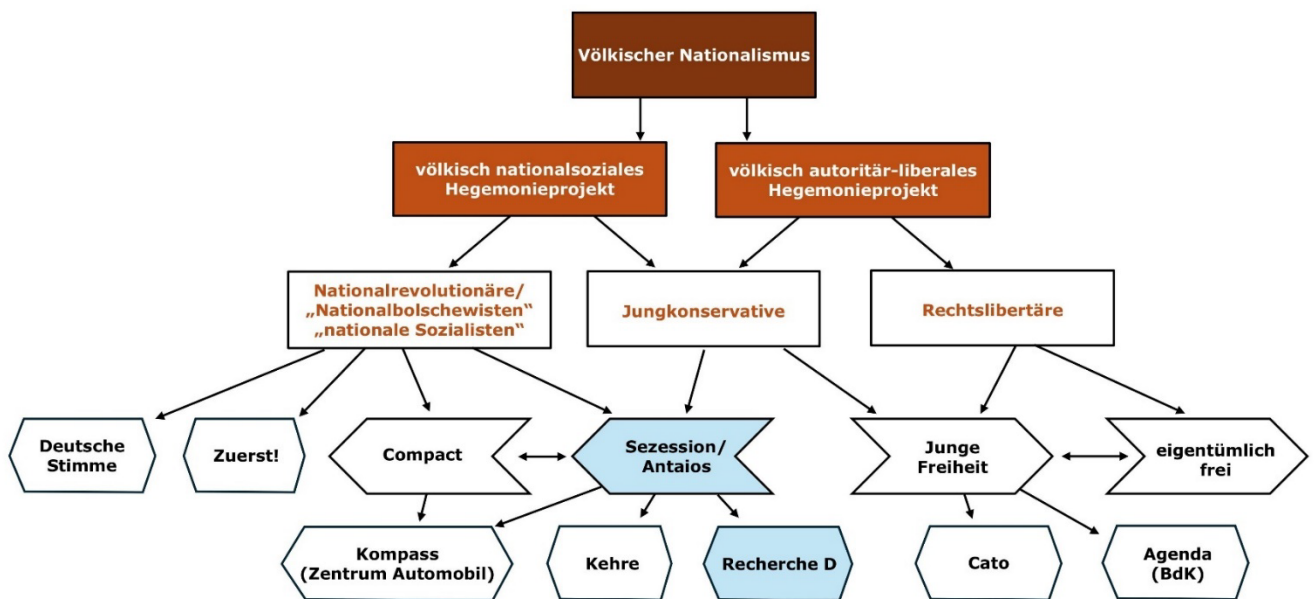
2.6 Forschungsstand und Fragestellung

Mit diesen ersten Explorationen zu zentralen Akteuren und Netzwerken der Neuen Rechten haben wir bereits unsere Hauptthese skizziert, dass es sich bei den meisten neurechten Bezügen auf linke Ansätze, Texte und Denker:innen lediglich um eine taktisch motivierte und selektive Indienstnahme handelt. In den folgenden Kapiteln wollen wir dies weiter untermauern. Unsere Ausführungen leisten damit einen Beitrag zu einer quellennahen und akteursorientierten Rechtsextremismusforschung (vgl. Botsch 2017b), die auf einigen Vorarbeiten aufbauen kann.

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat wirtschafts- und sozialpolitische Positionen in der neurechten Publizistik für den Zeitraum von 2016 bis 2020 bereits auf breiter Quellenbasis analysiert (vgl. Kellershohn et al. 2023), wobei der Untersuchungskorpus über

die unscharfen Ränder der Neuen Rechten hinausgeht und die folgenden Publikationen umfasst: *Junge Freiheit*, *Compact*, *Deutsche Stimme*, *eigentlich frei*, *Sezession*, *Recherche D*, *Cato*, *Zuerst!* und *Die Kehre*. In der Studie werden diese Publikationen in einem Strömungsschema verortet, das wir in Abbildung 1 leicht variiert übernommen haben.

Abbildung 1: Überblick über die extrem rechte Publizistik



Quelle: in Anlehnung an Kellersohn et al. 2023, S. 7

Das diskurslinguistische Forschungsprojekt „Rechte Diskursstrategien gegen linke Politik in Social-Media“ an der Universität Siegen fokussiert die Twitter-Kommunikation rechter Accounts im Zeitraum von Oktober 2021 bis Juni 2022 (vgl. Vogel/Deus/Peters 2024).

Norbert Wohlfahrt (2022) hat sich in einer Streitschrift über den „Antikapitalismus der Neuen Rechten und seine radikalpatriotische Moral“ kritisch mit rechten Staatsvorstellungen auf der einen und den linkspopulistischen Ansätzen von Sahra Wagenknecht und Wolfgang Streeck auf der anderen Seite auseinandergesetzt. Er konstatiert, dass es sich in beiden Fällen nicht um fundierte Analysen der politischen Ökonomie handelt, sondern vor allem um eine moralische Kritik an Gier, Egoismus und Individualisierungsprozessen.

Felix Schilk (2020) kommt in einer Untersuchung des Verhältnisses von neoliberalen und konservativen Gesellschaftsvorstellungen zu einem ähnlichen Ergebnis. Ihm zufolge konvergieren sowohl marktradikale als auch sozialpatriotische Strömungen der Neuen Rechten in einem ähnlichen Menschen- und Geschichtsbild sowie einem antiliberalen Gesellschaftsideal, das auf eine modernisierte Version des feudalen Ständestaats hinausläuft.

Indem wir uns im Folgenden darauf beschränken, einen Ausschnitt aus dem neurechten Kernmilieu zu untersuchen, der zwischen dem „national-sozialen“ und dem „autoritär-liberalen“ Lager laviert (siehe Abbildung 1), wollen wir eine kompakte Übersicht über die zentralen Aspekte der neurechten Ideologieproduktion im Bereich der Sozialpolitik liefern.

Wir nähern uns der „sozialen“ Doktrin der Neuen Rechten in zwei Schritten: Zunächst richten wir den Blick auf diejenigen Akteure und Publikationen aus dem Umfeld der *Sezession*, die sich der metapolitischen Grundlagenarbeit verschrieben haben. Allen voran Benedikt Kaiser betreibt dieses Projekt mit besonderem Nachdruck, weswegen sein Schaffen im Fokus des folgenden Kapitels steht.

Daran anschließend untersuchen wir, wie die doktrinäre Metapolitik der Neuen Rechten in andere politische Bereiche transferiert wird. Für dieses Unterfangen steht das 2018 gegründete Magazin *Recherche D*, das sich selbst als erstes Wirtschaftsmagazin an der Schnittstelle zwischen neurechter Metapolitik und Realpolitik der AfD versteht. Diese Analyse stellt außerdem ein Forschungsdesiderat dar und erlaubt detaillierte Einblicke in den Verlauf der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideologearbeit der Neuen Rechten.

Da sich *Recherche D* seit sechs Jahren als Dienstleister für Politiker:innen versteht und konkrete Sprachregelungen für die politische Praxis anbietet, lassen sich dort unmittelbar Argumentationspfade destillieren, die die politische Praxis der AfD und ihr Vorfeld prägen.

3. Steigra-Schnellroda: Der metapolitische Motor

Schnellroda, ein Ortsteil der Gemeinde Steigra im Süden von Sachsen-Anhalt, ist für viele zum Synonym für die Neue Rechte in Deutschland geworden. In einem Bauernhof des 150-Personen-Ortes befinden sich der Sitz des von Götz Kubitschek gegründeten Verlags *Antaios* sowie die Redaktion der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift *Sezession*. Auch das IfS hatte hier von 2002 bis zur Selbstauflösung im April 2024 seinen Sitz. Seither werden seine Funktionen durch die neuen Privatunternehmen *Menschenpark Veranstaltungs UG* und die *Metapolitik Verlags UG* übernommen, wobei erstere die Konvente des Netzwerks organisiert und letztere als Herausgeberin der *Sezession* auftritt.

Durch zahlreiche Reportagen in deutschsprachigen Leitmedien wurde die Selbstmythisierung des „Rittergut Schnellroda“ als treibende Kraft des Rechtsrucks verstärkt. So schien Kubitschek die Radikalisierung der AfD als „Dunkle[r] Ritter“ (so der Titel eines Portraits im *Spiegel*: Rapp 2016) im Hintergrund voranzutreiben, wenn er sich nicht gerade bei viehwirtschaftlicher Arbeit filmen lässt (vgl. Paresse 2017).

Grundsätzlich legt das neurechte Milieu großen Wert auf Distanz zu Parteien, weil es seinen Führungsanspruch als geistige Elite der äußersten Rechten über Parteigrenzen hinweg behalten will. Etliche Mitstreiter von IfS, *Sezession* und *Antaios* fanden gleichwohl als Mitarbeiter in den Parlamentsfraktionen oder dem Parteiapparat der AfD eine Neben- oder Hauptbeschäftigung.

So ist etwa der langjährige Ko-Vorsitzende des IfS und Herausgeber der *Sezession*, Erik Lehnert (*1975), derzeit (Stand: Dezember 2024) Fraktionsgeschäftsführer der AfD im Brandenburger Landtag. Der zwischen 2007 und 2018 im Vereinsvorstand des IfS sitzende Andreas Lichert (*1975) ist heute Vorstandssprecher der hessischen AfD und Landtagsmitglied. Karlheinz Weißmann (*1959), Mitbegründer des IfS, hat das Netzwerk 2014 im Streit um die strategische Ausrichtung verlassen (vgl. Kellershohn 2017) und ist heute Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Die drei Personalien sind nur die prominentesten Beispiele dafür, wie groß der ideologische und personelle Einfluss des Netzwerks Steigra-Schnellroda auf die AfD und ihr politisches Vorfeld ist.

Die bisher kaum in Erscheinung getretene Desiderius-Erasmus-Stiftung, in die zahlreiche Angehörige des neurechten Netzwerks involviert sind, hat das Potenzial, ein weiterer Akteur der mittel- und langfristigen Hegemoniearbeit zu werden. Sollte die AfD-nahe Stiftung künftig wie die

demokratischen parteinahen Stiftungen finanziert werden, könnte das Netzwerk in einem in der Geschichte der Bundesrepublik bisher präzedenzlosen Umfang rechtsextreme Wissenschaftsförderung mitgestalten und eine „Bad Civil Society“ (Chambers/Kopstein 2001) von rechts außen stärken (vgl. Semsrott/Jakubowski 2021).

Erste Züge einer derartigen rechtsextremen Zivilgesellschaft zeichnen sich heute bereits in der vom IfS mitgegründeten Kampagnenplattform *Ein Prozent* ab, die seit 2015 mit der rechtsextremen Pseudogewerkschaft *Zentrum* (ehemals *Zentrum Automobil*) von Oliver Hilburger kooperiert.

Zentrum ist vor allem in Werken von Daimler und Porsche aktiv, wo es zu den Betriebsratswahlen antritt, die Betriebsschrift *Kompass* herausgibt und Kampagnen gegen die DGB-Gewerkschaften initiiert, in denen diese als Teil einer abgehobenen linken Elite diskreditiert werden, die sich von der Basis der Belegschaften entfremdet habe (vgl. Schroeder et al. 2020, S. 22–29). Ähnliche Erzählungen werden im Netzwerk Steigra-Schnellroda entwickelt.

3.1 Provokation mit linken Renegaten

Steigra-Schnellroda ist ein wichtiger metapolitischer Motor für das neu-rechte Netzwerk in Deutschland. Dort verbinden sich die „Provokation“ des Establishments mit rechtsextremer Nachwuchsschulung und Indienstnahme von ex-linken Überläufern und Renegaten wie Bernd Rabehl (*1938) und Günther Maschke (1943–2022). Beide hatten sich in den 1960er Jahren in der *Subversiven Aktion* beteiligt und mit Störaktionen und Flugblättern gegen kapitalistische Landnahme und Imperialismus protestiert (z. B. Böckelmann/Nagel 1976). Aus der Gruppe gingen etliche Galionsfiguren der sogenannten 68er-Generation hervor.

2008, anlässlich des 40. Jahrestages der linken Proteste von 1968, gründete Götz Kubitschek gemeinsam mit den Chemnitzer Studenten Felix Menzel und Benedikt Kaiser sowie weiteren Nachwuchsaktivisten die *Konservativ-Subversive Aktion*. Diese wollte ihrerseits gegen die vermeintliche Hegemonie der Achtundsechziger antreten und inszenierte sich als aktivistische Avantgarde, die mit Störaktionen auf einem 68er-Kongress der Linken.SDS sowie auf Veranstaltungen mit Egon Krenz, Egon Bahr und Günter Grass intervenierten.

Von der äußerlichen Ähnlichkeit mit der linken Kommunikationsguerilla abgesehen, lag sie inhaltlich jedoch ganz auf der Linie des anti-linken Konsenses in der äußersten Rechten und erinnerte an ähnliche Stör- und Flugblattaktionen, die bereits in den 1950er Jahren die rechtsradikale *Konservative Aktion* der Brüder Marcel und Robert Hepp an der Universi-

tät Tübingen durchgeführt hatte. Trotz einiger Medienaufmerksamkeit vererbten die Aktivitäten der *Konservativ-Subversiven Aktion* recht schnell. Langfristig inspirierte das Spektakel jedoch den deutschen Ableger der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ (vgl. Weiß 2017, S. 118–127).

Provokative Vorstöße wie diese werden von allen Teilen der Neuen Rechten begrüßt, gilt es doch zu suggerieren, dass der Nonkonformismus seit der Frühzeit der Bundesrepublik von links nach rechts übergegangen sei. Inzwischen wird diese Behauptung auch im bundesdeutschen Feuilleton aufgegriffen.

In einigen Aspekten überschneidet sie sich tatsächlich mit einer linken Kritik am „neuen Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2003) und dem Funktionswandel von Begriffen, die den Achtundsechzigern zugeschrieben werden: So sind nach Ansicht des Linguisten Clemens Knobloch (2018) „Autonomie, Selbstverantwortung, Relevanz, Praxis, Aktivierung, Kreativität, Nachhaltigkeit, Flexibilität, Toleranz, Vielfalt, Reform [...] zu Markt- und Wirtschaftstugenden der atomisierten Selbstunternehmer mutiert, teils auch zu seltsam verdrehten Programmwörtern des neoliberalen Staates geworden“.

Mit dem Erinnerungsort „1968“ wird gemeinhin eine diffuse kulturelle Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft und die Pluralisierung ihrer Lebensstile verknüpft, jedoch kaum der Ausbau von sozialen Rechten der Lohnabhängigen oder eine Demokratisierung der Ökonomie.

Frank Böckelmann (*1941), der von der *Subversiven Aktion* schließlich in die Gefilde der Neuen Rechten fand und heute die Zeitschrift *Tumult* herausgibt, konstatierte bereits 1971 in der Schrift „Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit“, dass die linke Kritik an Autoritäten und Triebunterdrückung mit einer konsumorientierten Tendenzwende in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens einherginge: Sexuelle Befreiung und Hedonismus seien deshalb nicht mehr subversiv, sondern funktional für ein neues Produktionsregime im flexiblen Kapitalismus (vgl. Böckelmann 2017).

Was bei Böckelmann in den 1970er Jahren noch als Versuch einer rettenden Kritik an linksradikalem Aktivismus verstanden werden konnte, wendete der Autor 40 Jahre später in seinem Buch „Jargon der Weltoffenheit“ zu einer Verteidigung von hierarchischen Institutionen und autoritärer Triebunterdrückung (vgl. Böckelmann 2014). Das rechte Festhalten am Autoritarismus wird nun als Widerstandshandlung gegen die totale Herrschaft von anonymen Märkten und ihrer angeblich linksliberalen Verwalter inszeniert.

Das Netzwerk Steigra-Schnellroda will seit den frühen Nullerjahren den Eindruck erwecken, dass es einen intellektuellen Rechtstrend gibt. Durch Überläufer aus dem linken Lager soll diese Behauptung weitere Plausibi-

lität gewinnen. Zu diesem Zweck baute der Antaios-Verlag den bis dato in der linken Publizistik weitgehend unbekannten Sozialwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage (*1966) zum Hauskonvertiten auf.

In seiner Abhandlung „Warum ich kein Linker mehr bin“ behauptet Kleine-Hartlage, die Gesellschaft stehe „einem perversen Kartell zwischen den politischen Interessen der Linken und den ökonomischen des Kapitals“ (Klein-Hartlage 2012, S. 59) gegenüber, weil beide Masseneinwanderung befürworteten. Der Autor spricht zwar von „kleinen Leuten“ und dem „Proletariat“ (Kleine-Hartlage 2012, S. 56), verwendet diese Begriffe jedoch vor allem, um sie den „Leuten, die man hereingelassen hat“ (Kleine-Hartlage 2012, S. 58), als nativistisches Bild gegenüberzustellen.

Götz Kubitscheks Antaios-Verlag übt sich zudem darin, Aspekte der 68er-Revolution zu beerben. In einer der ersten Verlagsschriften skizzierte Bernd Rabehl (2002, S. 10) seinen früheren Genossen Rudi Dutschke als einen heterodoxen Marxisten, der Deutschland mithilfe eines christlich und nationalistisch supplementierten Antiimperialismus aus der „doppelten Besatzung“ durch USA und UdSSR befreien wollte. In einem späteren Essay mit dem Titel „Linke Gewalt“ (Rabehl 2007) betonte er die nationalistischen Implikationen des bewaffneten linken Antiimperialismus.

Weil Rabehl davon ausgeht, dass die stärksten Impulse der Anti-Globalisierung heute von der äußersten Rechten ausgehen, zog er folgenden Schluss: „Ohne eine radikale Rechte wird es keine radikale Linke geben.“ (Rabehl 2007, S. 76) Sein ebenfalls von ganz links nach rechts außen gewandelter Mitstreiter Günter Maschke wird vom IfS mittlerweile sogar als zentraler Vordenker geführt (z. B. Weißmann 2012).

Die betreffenden Autoren selbst sehen ihr Renegatentum weniger als Bruch mit früheren Positionen, sondern auch als Antwort auf den Niedergang der linken Bewegung, in die sie ihre nationalistischen Ambitionen zeitweilig projizieren konnten (vgl. Seitenbecher 2013; Schilk 2023).

Als verheißungsvollstes Zeichen für den diskursiven Trend von rechts nach links erschien den Neuen Rechten aus Schnellroda schließlich, dass ein regierungserfahrenes SPD-Mitglied ganz in ihrem Sinne rechte Ideologeme in die politische Mitte einspeiste. Der Erfolg des Millionenbestsellers „Deutschland schafft sich ab“ des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin (2010) machte die gesellschaftliche Nachfrage nach rassistischen und klassistischen Deutungsmustern sichtbar (vgl. Decker et al. 2024b), für die seinerzeit noch kein adäquates politisches Angebot bereitstand.

Wegen seiner gegen vermeintlich faule Arbeitslose und „unproduktive“ Migrant:innen gerichteten „Endzeitliteratur“ (Weiß 2011, S. 11) lag Sarrazin mit seiner eigenen Partei über Kreuz, wehrte sich aber auch dagegen, von der rechtsextremen NPD und der rechtspopulistischen Partei Pro

Deutschland vereinnahmt zu werden. Kubitschek sah in dem umstrittenen Sozialdemokraten gleichwohl einen diskursiven „Rammbock“ (Kositza/Kubitschek 2015, S. 18), ver helfe doch Sarrazin „rechtskonservativen Wirklichkeitsbeschreibungen (Deutschenfeindlichkeit, Inkompatibilität bestimmter Ausländergruppen, Ungleichheit der Menschen usf.) zur öffentlichen Wahrnehmung“ (Kubitschek 2011).

Diese „Wirklichkeitsbeschreibungen“ ignorierten die verschärfte soziale Ungleichheit infolge von neoliberaler Austeritätspolitik und der Weltwirtschafts- und Finanzkrise weitgehend. Lange Zeit waren Wirtschaft und Ökonomie daher auch randständige Themen im Netzwerk Steigra-Schnellroda. Erst ab 2013 wurde die Eurokrise über die Perspektive des fiskalischen Nationalismus häufiger adressiert und das ökonomische Problem des Fachkräftemangels unter völkisch-rassistischen Vorzeichen verhandelt (vgl. Institut für Staatspolitik 2013; Menzel 2018a).

3.2 Vom Nationalen Sozialisten zum Ideologen der Höcke-AfD

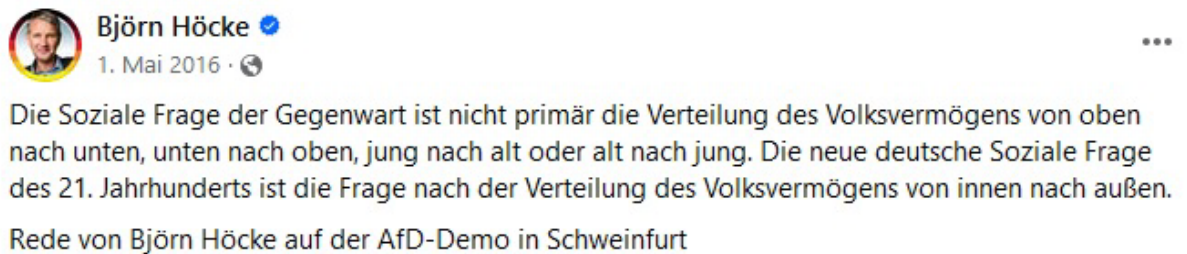
Dass ausgerechnet um das Jahr 2017 herum nun plötzlich „linke Leute“ und „Marx von rechts“ gefordert wurden, dürfte auch am Einzug der AfD in den Bundestag gelegen haben, wo sie mit 12,6 Prozent die drittstärkste Fraktion stellen konnte. Obwohl die AfD noch keine elaborierten sozialpolitischen Konzepte vorweisen konnte und das Thema im Wahlprogramm lediglich auf drei Seiten abgehandelt hatte, gaben hunderttausende ehemalige Wähler:innen von SPD und Linkspartei der neuen Partei ihre Stimme.

Zugleich war durch den Abgang der Gründungshonoratioren seit dem Essener Parteitag 2015 eine programmatische Leerstelle entstanden. Damals war der Parteivorsitzende Bernd Lucke geschasst worden, der als euroskeptischer Professor für Makroökonomie die neoliberale Gründerriege der AfD repräsentierte. Durch seinen Sturz erweiterte die informelle, völkisch-nationalistische Parteiströmung „Der Flügel“ um die thüringischen und sachsen-anhaltinischen Landesvorsitzenden Björn Höcke und André Poggenburg ihren Einfluss.

Der Einfluss von „Der Flügel“ strahlte auch auf die autoritär-neoliberalen Funktionäre der AfD zurück. So griff der ehemalige Ko-Vorsitzende Jörg Meuthen (2016–2022) ab 2016 bewusst neurechte Formeln wie „Konservative Revolution“ auf, erkannte die völkische Strömung als integralen Teil der Partei an und trat – wie alle Vorsitzenden nach ihm – als Redner bei Veranstaltungen des IfS in Steigra-Schnellroda auf.

Das Gründungsmanifest von „Der Flügel“, die sogenannte „Erfurter Resolution“, war im März 2015 maßgeblich von Kubitschek verfasst worden (vgl. Fiedler 2018). „Der Flügel“ propagierte eine nach völkischen Kriterien diskriminierende Sozialpolitik, die Höcke auf einer AfD-Kundgebung in Schweinfurt im Jahr darauf auf eine griffige Parole herunterbrach und anlässlich des „Tags der Arbeit“ auch auf seinem Facebook-Account veröffentlichte (siehe Abbildung 2). Im November 2017 forderte er im Interview mit der Zeitung *Die Welt* erstmals ein „klares Profil des solidarischen Patriotismus“ (Kamann 2017).

Abbildung 2: Facebook-Eintrag von Björn Höcke am 1. Mai 2016



Quelle: www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/die-soziale-frage-der-gegenwart-ist-nicht-prim%C3%A4r-die-verteilung-des-volksverm%C3%B6gens-von-innen-nach-au%C3%9Fen-1698077077100238/?locale=de_DE (Screenshot)

Abbildung 3: Publikationen von Benedikt Kaiser im Antaios-Verlag



Quellen (von links nach rechts): Cover von Kaiser 2017c:

https://antaios.de/media/image/f7/c0/4f/49_Benedikt-Kaiser_Querfront_KLEIN_720x600.jpg, Cover von Kaiser 2019a: https://antaios.de/media/image/c5/24/b6/61_kaiser_einband_rbg_720x600.jpg, Cover von Kaiser 2020b: https://antaios.de/media/image/53/5b/38/BK_Cover_web_720x600.jpg

Für diesen „solidarischen Patriotismus“ fehlte allerdings noch ein ideologisches Gerüst. Seither versucht vor allem Benedikt Kaiser (*1987), das Schlagwort weltanschaulich zu unterfüttern und eine „soziale“ Doktrin der extremen Rechten zu erarbeiten.

Der Politikwissenschaftler ist in den Nullerjahren in der Chemnitzer Neonazi-Szene im Umfeld der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ politisch sozialisiert worden und entwickelte sich nach seiner Beteiligung an der *Konservativ-Subversiven Aktion* zu einem beflissenen Stammautor im Netzwerk Steigra-Schnellroda. Zwischen 2013 und 2021 wirkte er zudem als Lektor des Antaios-Verlags. Sein erstes Buch über den Eurofaschismus des französischen Nazi-Kollaborateurs Pierre Drieu de La Rochelle, das ein Vorwort des von der Neuen Linken zur Neuen Rechten konvertierten Günter Maschke enthält, markiert seinen biografischen Übergang vom Neonazismus zur Neuen Rechten (vgl. Kaiser 2011).

Bis heute rezipiert Kaiser intensiv die Texte der französischen Neuen Rechten um Alain de Benoist und ihre faschistischen Vorbilder und ist Deutschlandkorrespondent der neurechten Zeitschriften *éléments* und *Nouvelle École*. Ab 2016 begann er, den Nutzen linker Theorien für die neurechte Metapolitik in mehreren Publikationen für den Antaios-Verlag herauszuarbeiten (siehe Abbildung 3).

Seit 2022 arbeitet Kaiser als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl (*1964), der als Höcke-Vertrauter gilt, Mitglied im Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist und 2017 die „blaue Arbeitnehmervertretung“ *Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland* („Alarm“) gegründet hat, die den Mindestlohn durch einen „Wohlstandslohn“ (AfD Landesverband Thüringen 2018) ersetzen möchte. Kaisers metapolitische Ideologieproduktion wird dadurch auch politisch relevant.

3.3 Benedikt Kaisers „Blick nach Links“

Die Motive von Kaisers linker Lektüre von rechts lassen sich gut mit seiner Lesart eines besonders extremen „linken“ Phänomens illustrieren – dem Stalinismus. 2017 schrieb Kaiser ein Vorwort für die Neuauflage des sowjetischen Erziehungsromans „Wie der Stahl gehärtet wurde“ von Nikolai Ostrowski (1904–1936), der in der DDR zur Schulpflichtlektüre gehörte.

In der propagandistischen Erzählung schildert Ostrowski, wie sich der Jungkommunist Pawel Kortschagin für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion aufopfert. Kaiser lobt die durch die stalinistische Kulturpolitik kanonisierte Schrift als „Jahrhundertwerk“ (Kaiser 2017b), zeige sie doch das Pathos des 20. Jahrhunderts, das er im realexistierenden Kapitalismus vermisst:

„Daß eine andere Welt möglich ist – wie sie denn je nach weltanschaulichem Standpunkt auch aussehen sollte –, war damals noch Konsens, Alternativlosigkeit ein Fremdwort. Die Treue zu einer Idee richtete Menschen aus, die Idee war der Kompass, der sie führte. In dieser Lesart ist der Typ Pawel Kortschagin die andere Seite der Medaille eines heutigen Typs. Denn während in einer Gesellschaft des realexistierenden Sozialismus sowjetischen Vorbilds dieselbe Regel galt wie in einer streng traditionalistischen Gesellschaft – Nur nach dieser Idee sollst du leben! – gilt heute, im realexistierenden Kapitalismus, schlicht die strikte Antithese – Ohne Idee sollst du leben! – als Ideal des konsumierenden und apolitischen Individuums.“ (2017b, S. 15)

Kaiser kann dem Stalinismus vom radikal antiliberalen Standpunkt der Neuen Rechten etwas abgewinnen. Was Liberale und auch viele Linke an der Sowjet-Diktatur kritisieren, ist für ihn ihr stärkstes Argument: totale Eingliederung des Individuums in den Staatsorganismus und die Unterdrückung jedes Pluralismus zugunsten von Homogenisierung.

Diese Wahrnehmung des Stalinismus liegt ganz auf der Linie von Carl Schmitts faschistischem Begriff des Politischen, wie er in der Neuen Rechten weitestgehend Konsens ist. Nach Schmitt (1932ff./2018) müssen politische Entitäten ihre Souveränität dadurch beweisen, dass sie äu-

ßere und innere Feinde identifizieren. An die Stelle einer von individueller Freiheit und Gleichheit orientierten Gesellschaft tritt eine gleichgeschaltete, potenziell kriegsrische Gemeinschaft.

Der Parlamentarismus, den Schmitt (1923/2017, S. 13–14) verächtlich als „*government by discussion*“ (Kursivierung im Original) bezeichnet, gehört in seiner Gedankenwelt „nicht zur Demokratie“. Die „wirkliche Demokratie“, die ihm vorschwebt, soll stattdessen darauf beruhen,

„daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“

Auch Kaiser interessiert sich in erster Linie dafür, zu welchen Opfern Menschen einem Kollektiv gegenüber bereit sind. Mit der konkreten ökonomischen Politik des Stalinismus wie der durch Terror und Zwangsarbeit durchgesetzten Kollektivierung der Landwirtschaft, die in der ukrainischen und kasachischen Sowjetrepublik zu einer genozidalen Hungerkatastrophe mit über fünf Millionen Opfern führte, beschäftigt er sich kaum.

Attraktiv für die Neue Rechte ist das Pathos der sowjetischen Willensgemeinschaft, die dem „konsumierenden und apolitischen Individuum“ entgegengesetzt wird. Kritik an liberalen Vorstellungen findet Kaiser auch in der „heterogenen Linken“ (2020a, S. 28). Zu ihr gehören ihm zufolge

„Soziologen wie [Wolfgang] Streeck, Wirtschaftsexperten wie Thomas Piketty, Philosophen der Praxis wie Wolfgang Imitz Haug, Psychologen wie Rainer Mausfeld, Polemiker wie Slavoj Žižek, freie Radikale wie Alain Badiou, Populismusdenker wie Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, Dramaturgen wie Bernd Stegemann und Politiker wie Sahra Wagenknecht.“

Tatsächlich unterscheiden sich die genannten Autor:innen erheblich in ihren theoretischen Grundannahmen. Sie alle eint jedoch eine grundlegende Skepsis gegenüber liberalen Universalismen, die von links wie von rechts anschlussfähig ist. Kaiser geht es bei der Lektüre linker Texte, wie er selbst schreibt, um die „Integration adaptionsfähiger Gedanken des politischen Gegners in das eigene Weltbild“ (Kaiser 2020a, S. 26). Es gelte, sie „als Steinbruch auszubeuten“, ohne selbst Grundannahmen des rechten Denkens zu hinterfragen.

Zu diesen zählt Kaiser die Vorstellung vom Menschen als Mängelwesen, das auf stabilisierende Institutionen angewiesen ist, die Ablehnung von Abstraktionen sowie die „mobilisierende Rolle von nationalen und politischen Mythen“ (Kaiser 2020a, S. 27). Allein durch diese ideologische Linse wird die von ihm präsentierte linke Literatur erschlossen. Dieses selektive Interesse zeigt sich beispielhaft bei seiner Rezeption des Linkspopulismus.

3.4 Der populistische Moment

Besondere Anknüpfungspunkte zu rechten Grundannahmen sieht Kaiser in der postmarxistischen Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2022), die als wichtige Vordenker:innen des Linkspopulismus gelten.

Laclau und Mouffe beziehen sich in ihren Schriften explizit auf Carl Schmitts Begriff des Politischen und entwickeln daraus die These, dass die Gesellschaft von nicht rational auflösbaren, ontologischen Antagonismen geprägt ist. Statt wie Schmitt diese Antagonismen durch eine existenzielle Feindbestimmung auszutragen, plädiert insbesondere Mouffe (2014) für einen agonistischen Wettstreit, der über populistische Identitätskonstruktionen ausgetragen werden soll.

In der Praxis läuft ihr Modell des „linken Populismus“ (Mouffe 2018) darauf hinaus, die in der Bevölkerung kursierenden Ressentiments gegen politische und ökonomische Eliten zu mobilisieren und Klassenpolitik durch Identitätspolitik zu ersetzen. Wie der Philosoph Ingo Elbe (2020, S. 195) festhält, wird kapitalistische Herrschaft „damit auf eine Verschwörung der Reichen heruntergebrochen, die unmoralisch mit dem an sich guten Privateigentum umgehen“.

Der auch von Linkspopulist:innen geäußerte Hinweis, dass enorme soziale Schieflagen wie Vermögens- und Bildungsungleichheit sowie intransparenter Lobbyismus von Kapitalfraktionen die demokratische politische Kultur beschädigen, ist sicher nicht falsch (vgl. Brülle/Spannagel 2023; Lindemann 2024). Ein populistischer Antikapitalismus blendet aber aus, dass Herrschaft und Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur das Werk von gierigen und korrupten Eliten ist, sondern auch auf der Beteiligung und Involvierung breiter Gesellschaftsgruppen beruht.

Die Projektion von negativen Seiten der ökonomischen Verhältnisse auf einzelne Sündenböcke entlastet das Individuum psychisch, lenkt vom eigenen Beitrag an Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnissen ab und ist, wie Studien zu autoritären Einstellungen in der deutschen Gesellschaft zeigen, weitverbreitet (vgl. Decker et al. 2024a, S. 65–66). Populistische Agitation gegen eine „Finanzelite“ läuft zudem immer Gefahr, antisemitische Codes zu aktivieren (vgl. Brenner 2013; Lelle et al. 2023).

Kaiser hat mit Interesse registriert, dass die von Laclau und Mouffe beeinflussten linkspopulistischen Parteien Podemos in Spanien und La France insoumise in Frankreich „positive Bezugnahmen auf Patriotismus und Vaterland“ entwickeln und mit ihrem nationalistischen Linkspopulismus Wahlerfolge erzielen. Wenn selbst Linkspopulist:innen die Solidarität mit einer „fiktiven Weltgesellschaft“ verwerfen, scheint dies Kaisers (2017d, S. 30) fundamentale Überzeugung zu bestätigen, dass Solidarität

„anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten“ ist.

Eine mögliche „Querfront“ von rechtem und linkem Populismus in Deutschland erwartet er allerdings noch nicht. Die deutsche Linke sei, so Kaiser (2017d, S. 30) weiter, auch aus Furcht vor Antisemitismusvorwürfen nicht an einem „gemeinsamen Kampf gegen die Nomenklatura“ interessiert. Wegen der „Blockaden für einen linken Populismus“, prognostiziert er, werde die Rechte „konkurrenzlos“ im rhetorischen Kampf gegen „Machtkonzentration [...] oligarchischer Strukturen“ sein.

Trotz dieser vernichtenden Kritik führt Kaiser (2019b, S. 66) in einem anderen Beitrag einige aus seiner Sicht „kluge Linke“ an, die die angeführten „Blockaden“ durchbrechen könnten. Die „Promedia-Westend-Linke“, benannt nach den gleichnamigen Verlagen in Wien und Frankfurt am Main, in denen unter anderen Autor:innen der verschwörungsaffinen Website *NachDenkSeiten* und einige Mitglieder des BSW publizieren (vgl. Linden 2022), entzieht sich laut Kaiser den Denkverböten des eigenen Milieus und liefere linke Kronzeugen, um Kapitalismus im Sinne des Populismus als eine Verschwörung von vier Kreisen darzustellen, die „die reale Herrschaft anstelle des Volkes ausüben“ (Kaiser 2019b, S. 66).

Angefangen beim innersten Kreis einer „globale[n] Geldelite“ über die „Köpfe transnationaler Konzerne und Finanzplayer“ und „Politiker und Militärs von internationalem Format“ bis zum vierten und laut Kaiser sichtbarsten Kreis der „Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller, Stars aus Film und Musik, NGO-Ikonen und Kirchenvertreter“ (Kaiser (2019b, S. 66), kann Kaiser durch den Rekurs auf linke Kronzeugen das Kapitalverhältnis auf eine kleine Gruppe zurückführen – eine Vorstellung, die vom geneigten Publikum auch mit tradierten antisemitischen Tropen aufgeladen werden kann (vgl. Kapitel 2.4).

Im scheinbaren Widerspruch zu derlei Querfront-Überlegungen steht Kaisers Aufruf, eine „Mosaik-Rechte“ zu kultivieren. Der Begriff ist in der Rhetorik von der Idee der „Mosaik-Linken“ abgekupfert, die Hans-Jürgen Urban aus dem Vorstand der IG Metall seit 2008 vertritt. Mit der Mosaik-Linken zielt Urban (2009, S. 77) auf eine lose Allianz, die „neben den Gewerkschaften die globalisierungskritischen Bewegungen, weitere Nichtregierungsorganisationen, die diversen sozialen Selbsthilfeinitiativen und nicht zuletzt die kritischen Teile der kulturellen Linken, also Wissenschaftler, Intellektuelle und andere“ umfassen soll.

Kaiser stellt sich unter der Mosaik-Rechten das Zusammenspiel von unterschiedlichen extrem rechten Bewegungen und politischen Akteuren vor mit dem Ziel,

„daß Parlament und Bewegung sich wie ‚Standbein und Spielbein‘ (Rosa Luxemburg) ergänzen, daß sich [...] eine ‚kämpfende‘ und eine (künftig)

„regierende“ politische Rechte als dialektisches Paar ergänzen, gegenseitig strategisch vorantreiben und zugleich korrigieren.“ (Kaiser 2017a, S. 46)

Die Logik der „Mosaik-Rechten“ unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von Urbans Skizze einer anti-neoliberalen Bewegung. Während Urban die für Sozialabbau verantwortlichen Parteien SPD und Grüne explizit aus der „Mosaik-Linken“ ausklammerte, schießt Kaiser auf eine strategische Arbeitsteilung zwischen Vorfeld und AfD. Eigentlich wärmt die angestrebte „Mosaik-Rechte“ nur das „Vier-Säulen-Konzept“ der ehemaligen NPD auf – mit dem Unterschied, dass Kaiser der Partei keinen exklusiven Führungsanspruch mehr zuspricht (vgl. Schulze 2016).

Die Rede vom „Standbein und Spielbein“ verweist auf Rosa Luxemburg, die die Beteiligung der Arbeiter:innen-Parteien am Parlamentarismus in den Dienst einer „revolutionären Realpolitik“ stellen wollte. Abseits der rhetorischen Ähnlichkeit ergibt diese Analogie aber wenig Sinn. Eine flächendeckende „soziale“ Bewegung der extremen Rechten, die zentrale Fragen wie Löhne, Wohnen, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung völkisch reformuliert, gibt es ebenso wenig wie ihren parlamentarischen Arm in der AfD. Auch Jürgen Pohls „Alarm“ entfaltet seit 2020 keine sichtbaren eigenständigen Aktivitäten mehr.

3.5 Marx von rechts

In einer Zwischenbemerkung zu seinem ersten Plädoyer für eine „Mosaik-Rechte“ bemerkt Kaiser (2019c, S. 35), dass es nötig sei, innerhalb der Rechten „inhaltliche Widersprüche zuzulassen und ideelle Vielfalt zu ermöglichen“. Nur so könnten „unterschiedliche Akteure unterschiedliche Zielgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunktlegungen, Begriffen und Inhalten erreichen“. Es ist allerdings zu kurz gegriffen, die vor allem von Kaiser seit 2018 angestoßene Suchbewegung nach einem „Marx von rechts“ einzig auf eine strategische Täuschungsabsicht zu reduzieren.

Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber (2022) argumentiert, dass sich Kaiser von bestimmten Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit und Ausbeutung tatsächlich aufrichtig erschüttert zeigt. Es sei nicht nur Kalkül, sondern auch ein erkanntes analytisches Defizit aufseiten der extremen Rechten, das ihn zur Auseinandersetzung mit linker Theorie veranlasst habe. Kaisers Impuls zur Auseinandersetzung mit Marx liegt auch in einer Aversion gegen marktliberale „Hayek-Jünger“ (Kaiser 2018, S. 15) im eigenen Lager begründet, denen er analog zu den linken politischen Gegner:innen „Denkblockaden“ vorhält.

Kaiser folgt damit einem frühen Postulat von Kubitschek (2003), der die neoliberalen und rechtslibertären Mitstreiter darauf hinweist, dass die meisten Menschen die geforderte Marktkonformität nicht leisten können und öffentliche Daseinsvorsorge daher unverzichtbar bleibe (vgl. Priester 2019).

Abbildung 4: Benedikt Kaiser inszeniert sich als rechter Erbe von Marx



Quellen: Cover von Kaiser/Benoist/Fusaro 2018: https://podcast.jungeuropa.de/wp-content/uploads/2018/07/Umschlag_MvR_final_Druck.jpg; Screenshot des Zeit-Artikels von Lau (2024): <https://x.com/MariamLau1/status/1806063496813326466/photo/1>

Innerhalb des rechten Lagers war die Publikation des Sammelbands „Marx von rechts“ (siehe Abbildung 4) nicht unumstritten. Kaiser dürfte jedoch vor allem die Provokation im linken Lager eingepreist haben. Wie gut sich mit der auf den ersten Blick ungewöhnlichen Referenz Aufmerksamkeit erregen lässt, zeigt auch eine ganzseitiges Portrait über Kaiser, die die Wochenzeitung *Die Zeit* im Juni 2024 wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen veröffentlicht hat (vgl. Lau 2024; kritisch dazu Struwe 2024).

Im zugehörigen Foto posiert Kaiser vor dem Chemnitzer Karl-Marx-Monument und inszeniert sich erneut als dessen rechter Erbe. Der Satz „Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer“, mit dem Kaiser in der Überschrift zitiert wird, stammt eigentlich von Friedrich Naumann und findet sich in leicht variierten Form „Für kleine Ziele springt niemand ins Feuer“ (Friedrich Naumann, zitiert nach Kaiser 2020b, S. 286) auch auf der vorletzten Seite von „Solidarischer Patriotismus“.

Um das an anti-linken Parolen gewöhnte rechte Publikum nicht zu vergrätzen, argumentiert Kaiser in seinem Sammelbandbeitrag zunächst, dass Kapitalismuskritik und Marx-Lektüre bereits seit ihren Anfängen zur politischen Rechten gehört haben. Auf dieser Grundlage referiert er dann einige Aspekte aus Karl Marx' Hauptwerk „Das Kapital“, die für ihn „das Startsignal für eine weitaus umfangreichere rechte Marx-Lektüre geben sollen“ (Kaiser 2018, S. 56).

Dabei stellt er durchaus textnah fest, dass die populistische „Fokussierung [...] auf Bankiers und Manager mit Marxens *Kapital* beispielsweise nicht zu machen ist“ (Kaiser 2018, S. 52), und verweist darauf, dass es Marx zufolge für Individuen im Kapitalismus keine Möglichkeit gibt, außerhalb dieser Verhältnisse zu agieren. Die immer weiter ausgreifende Kommodifizierung des gesellschaftlichen Lebens wird von ihm ebenso kritisch herausgestellt wie die Tendenz des Kapitals zur Globalisierung und zur Freisetzung von Arbeitskräften, die für die Steigerung des Mehrwerts nicht mehr gebraucht werden.

Bei all diesen Ausflügen in für Rechtsextreme ungewohnte theoretische Gebiete betont Kaiser aber immer wieder, dass es ihm keinesfalls darum geht, „das integrale Werk Marxens bejahen oder gar in toto in eine neuere beziehungsweise konservative politische Theorie einfügen zu wollen“ (Kaiser 2018, S. 59). Die Referenzen auf Marx sollen vielmehr dazu dienen, die Neue Rechte an den globalen Hauptfeind – „den Kapitalismus und die Konsumgesellschaft auf ökonomischer Ebene, den Individualismus auf philosophischer Ebene, die Bourgeoisie auf gesellschaftlicher Ebene und die USA auf geopolitischer Ebene“ (Alain de Benoist, zitiert nach Kaiser 2018, S. 62) – zu erinnern.

Statt Marx als Kritiker des Kapitalismus und seiner politischen Ökonomie zu verstehen, plädiert Kaiser also für eine Lesart, die ihn auf einige antiliberalen Versatzstücke reduziert. Diesen grundlegenden Unterschied zwischen einer linken und einer rechten Marx-Lektüre bringt auch Philip Stein in seinem Vorwort zum Sammelband auf den Punkt:

„Wo das Gemeinwohl im Vordergrund stehen soll, kann nicht fortwährend in einem von der Zeit überholten binären Klassensystem gedacht und gekämpft werden. Denn ‚Teilung bedingt Haß. Haß und Teilung aber sind unvereinbar mit Brüderlichkeit. Und so erlischt in den Gliedern ein und desselben Volkes das Gefühl, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allum-

fassenden, geschichtlichen Einheit zu sein' (José Antonio Primo de Rivera). Wir jungen europäischen Rechten kennen dieses höhere Gefühl, dieses zeitlose Ideal, das über Klassen, Parteien und anderen mechanischen Konflikten steht. Dies ist unser entscheidender Vorteil." (Stein 2018, S. 12)

Der Kern jeder rechten Doktrin, die Stein hier mit Verweis auf den spanischen Faschisten Primo de Rivera illustriert, ist die bedingungslose Unterordnung unter ein größeres Ganzes. Am Kapitalismus kritisiert die Neue Rechte deshalb weder Ausbeutung noch Herrschaft, sondern in erster Linie die durch ihn verschärfte Vereinzelung und Individualisierung. Auch der „solidarische Patriotismus“ läuft auf diese Diagnose hinaus.

3.6 Das Programm des „solidarischen Patriotismus“

Mögliche politische Konsequenzen aus dieser neurechten Marx-Lektüre liefert Kaiser in seinem programmatischen Buch „Solidarischer Patriotismus“ (2020b), mit dem er das von Höcke in die Diskussion gebrachte Schlagwort zu einer „neurechten Standortbestimmung“ ausbaut.

Das Buch erfüllt mehrere Zwecke. Zum einen soll die „soziale Frage von rechts“ im ersten Kapitel so konzise ausgearbeitet werden, dass sie als argumentativer Steinbruch für die „soziale“ Agitation der Höcke-AfD fungieren kann. Zum anderen will Kaiser in den weiteren Kapiteln die „Soziale Frage“ aus historischer und gegenwärtiger Perspektive betrachten, um daraus politische Forderungen für die Zukunft abzuleiten.

Auch wenn das Buch eine Auseinandersetzung mit wesentlichen Aspekten von Armut und Arbeitslosigkeit sowie eine Kritik des Niedriglohnssektors und leistungsloser Spitzeneinkommen verspricht, unterscheidet sich seine Perspektive auf die Problemstellungen grundlegend von dem, was in der organisierten Arbeiter:innen-Bewegung unter dem Begriff der Solidarität verstanden wird.

Kaiser denkt Solidarität nicht von den einzelnen Lohnabhängigen und ihren Interessen aus, sondern ausschließlich „im Sinne einer ‚Verpflichtung fürs Ganze‘“ (Kaiser 2020b, S. 264). Im Buch macht er weiterhin klar, dass die „soziale Frage“ unmittelbar mit der „deutschen Frage“ zusammenhängt. Dass „Masseneinwanderung und Sozialstaat auf Dauer unvereinbar“ sind (Kaiser 2020b, S. 266) und die Neue Rechte daher auf eine ethnisch relativ homogene Gemeinschaft hinarbeiten müsse, gehört zu den Mantras dieser exkludierenden Vorstellung von Solidarität.

Wie bereits erwähnt, fußt Kaiser Verständnis von Solidarität auf einem faschistischen Politikbegriff im Sinne Carl Schmitts. Gleichwohl präsen-

tiert er den Gedanken, „relative soziale Homogenität“ zu schaffen, als „linke‘ Konstante des solidarischen Patriotismus“ (Kaiser 2020b, S. 266). Der Begriff der sozialen Homogenität ersetzt hier bezeichnenderweise den in der extremen Rechten als genuin links geltenden Begriff der Gleichheit. Kaiser spielt damit zugleich auf die laut Carl Schmitt (1923/2017, S. 13–14) für die „wirkliche Demokratie“ notwendige Homogenität an, die im Zweifel „Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ erfordere.

Zentraler Garant jener Homogenität soll ein starker Staat sein, der in der von Kaiser gewünschten Form allerdings noch nicht existiert. Von ihm sollen die Leitlinien „einer solidarischen Leistungsgesellschaft“ ausgehen, zu der als erstes die Verstaatlichung der „Schlüsselindustrien und -bereiche“ (Kaiser 2020b, S. 272) gehöre.

Mit dieser weitreichenden und innerhalb der extremen Rechten kontroversen Forderung knüpft Kaiser an den traditionellen Marxismus an, der sich der Staatsmacht bemächtigen will, um das ökonomische Leben im Sinne einer „Diktatur des Proletariats“ zu regulieren. Vom Proletariat ist im Text allerdings kaum etwas zu lesen. Die übrigen Forderungen erweisen sich vielmehr als Variante des deutschen Ordoliberalismus.

Kaiser plädiert für ein „freies Spiel für freie Kräfte“ im privatwirtschaftlichen Rahmen, das – „wo nötig“ (Kaiser 2020b, S. 272) – gelegentlich reguliert wird. Er will Monopolbildung unterbinden, kleine und mittlere Unternehmen fördern sowie eine „Erziehung zur Selbstständigkeit statt zur Abhängigkeit“ ermöglichen. Letzteres knüpft an das konservative Subsidiaritätsprinzip an, wonach der Selbstverantwortung stets Vorrang vor Unterstützung durch höhere Institutionen zukommen soll.

Der programmatische Gehalt des von Kaiser dargelegten „solidarischen Patriotismus“ ist, wie bereits andernorts dargelegt wurde, relativ unspezifisch (vgl. Pfahl-Traugher 2022). Für Kaiser selbst ist diese Uneindeutigkeit kein Nachteil. In seinen Publikationen zeigt er dementsprechend bisher auch keine Ambitionen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD als aktiver Politiker mitzugestalten. Seine Aufgabe sieht er vor allem darin, die erkannten Lücken in der Ideologie der AfD zu schließen.

Björn Höcke, der das Schlagwort vom „solidarischen Patriotismus“ zuerst in die Diskussion geworfen hat, hält Kaisers Aufschlag jedenfalls für nützlich und bedankte sich auf seinem Facebook-Account mit einer Buchempfehlung (siehe Abbildung 5):

„Jeder AfDler sollte es gelesen haben, gerade im Hinblick auf den jetzt anstehenden Sozialparteitag. Wenn wir die soziale Frage gerecht für uns Deutsche beantworten, dann werden wir als AfD die Volkspartei der Zukunft.“ (Höcke 2020, Minute 3:09–3:25)

Abbildung 5: Björn Höcke bespricht in seinem Facebook-Kanal Kaisers Buch „Solidarischer Patriotismus“



Quelle: Höcke 2020 (Screenshot)

Insbesondere Kaisers letzte Leitlinie für einen „solidarischen Patriotismus“, in der er „ein Primat der Nähe, also der regionalen Wirtschaftskreisläufe als Vorbedingung eines ‚nachbarschaftlichen Wirtschaftens‘“ fordert (Kaiser 2020b, S. 273), ist ein Angebot an Mitstreiter mit einer größeren Affinität zu wirtschaftspolitischer Praxis.

Was an gängige ökologische Vorstellungen erinnert, ist eine Referenz an das Projekt des ebenfalls aus Chemnitz stammenden Felix Menzel, der mit seiner in Dresden ansässigen „Denkfabrik für Wirtschaftskultur“ das Konzept einer „nachbarschaftlichen Marktwirtschaft“ propagiert. Und so dürfte Kaisers Hoffnung auf einen „Resonanzraum, eine Musterregion, in der entsprechende Denkmuster und Vorstellungswelten heranwachsen können“ (2020b, S. 273), auch auf Sachsen gemünzt sein, wo der Transfer von neurechter „Metapolitik“ zu rechtsextremer „Realpolitik“ im wirtschafts- und sozialpolitischen Feld seit vielen Jahren eingeübt wird.

4. Recherche Dresden: Das neurechte Transferprojekt

Das 2018 gegründete Magazin *Recherche D* ist laut dem Rechtsextremismus-Experten Andreas Speit (2018, S. 6) das „erste publizistische Projekt der Neuen Rechten, das sich ausschließlich auf ökonomische Themen konzentrieren will“. Der Kopf hinter dem Projekt, Felix Menzel (*1985), profiliert sich bereits seit zwei Jahrzehnten als neurechter Netzwerker in Sachsen (vgl. Kiess/Nattke 2024).

Als Gymnasiast war Menzel Mitbegründer der Pennalen Burschenschaft Theodor Körner, die von Martin Kohlmann (*1977), dem Gründungsvorsitzenden der rechtsextremen Partei Freie Sachsen, angeführt und von 2004 bis 2006 vom sächsischen Verfassungsschutz beobachtet wurde. 2004 gründete er die Chemnitzer Schülerzeitung *Blaue Narzisse*, die zahlreichen neurechten Nachwuchsautoren erste Publikationserfahrungen ermöglichte. Aus dieser publizistischen Tätigkeit entwickelte sich im Laufe der Jahre eine enge Verbindung zum Netzwerk Steigra-Schnellroda, für das Menzel mehrfach tätig geworden ist.

2009 gründete Menzel mit Mitstreitern der *Blauen Narzisse* den *Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V.*, um die Herausgabe der Zeitschrift zu professionalisieren. Bereits damals reichte der Verein über die Stadtgrenzen hinaus: Menzels Stellvertreter, der heutige Wirtschaftsanwalt Christoph Rothämel (*1986) und Johannes Schüller (*1986), aktuell Mitarbeiter des AfD-nahen *Deutschland-Kuriers*, lebten zum Zeitpunkt der Vereinsgründung in Leipzig beziehungsweise in Dresden.

2018 wurde der Verein in *Verein Journalismus und Wissenschaft Chemnitz e. V.* umbenannt und um das Projekt „Recherche Dresden – Denkfabrik für Wirtschaftskultur“ erweitert, das einen Funktionswandel des Vereins anzeigt. Stand zuvor die metapolitische Bildung eines jungen Nachwuchspublikums im Fokus, verschreibt sich der Verein nun eher dem Transfer der Metapolitik in Realpolitik. *Recherche D* ist dabei als „Infobrief“ angelegt und soll die Vereinsaktivitäten nach außen präsentieren.

Die Verlagerung der Aktivitäten von Chemnitz nach Dresden zum Ende der 2010er Jahre vollzog sich parallel zur Etablierung der AfD in der Landes- und Bundespolitik. Auch die Gründung des in Dresden ansässigen Jungeuropa Verlags, der den Sammelband „Marx von rechts“ herausgegeben hat, durch Philip Stein im Jahr 2016 ist in diesem Zusammenhang zu sehen. 2017, im selben Jahr, in dem die AfD erstmals mit 12,6 Prozent in den Bundestag einzog, gab Felix Menzel ein Buch mit Eckpunkten für eine „Realpolitik“ der „patriotischen Opposition“ heraus. Dort heißt es unter anderem:

„Der Feind steht links. Er will Deutschland abschaffen, die Meinungsfreiheit einschränken, den bürokratischen Wasserkopf der Europäischen Union weiter aufblasen und Masseneinwanderung soweit zulassen, wie es den eigenen Machterhalt nicht gefährdet.“ (Menzel 2017, S. 91)

Das entsprach ganz dem konsensualen anti-linken Feindbild. Zugleich sprach sich Menzel gegen „[v]ölkische (vollkommene) Homogenitätsphantasien“ und „biedermeierliche Hoffnung auf eine Rückreise in die Adenauer-Republik“ (Menzel 2017, S. 93) aus und forderte von der politischen Rechten, den Bürgern ein integratives Angebot zu machen, statt in „ideologischen Sackgassen“ zu verharren. Mit Blick auf die noch relativ junge AfD konstatierte er, sie habe „bei der Bearbeitung sozialer, ökonomischer, ökologischer und außenpolitischer Fragen [...] noch viel Arbeit vor sich“.

Die politische Entwicklung in Sachsen blieb günstig für Menzels Vorhaben. 2019 konnte die AfD ihr Wahlergebnis bei den sächsischen Landtagswahlen mit 27,5 Prozent gegenüber 2014 nahezu verdreifachen. 2020 stieß Menzel zum Medienteam der AfD-Landtagsfraktion in Dresden. Seit 2022 kann er als ihr Pressesprecher die Außenwirkung einer einflussreichen Parteigliederung mitgestalten.

Wie die AfD in Thüringen ist auch die sächsische AfD, die vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische“ Parteigliederung eingestuft wird, ein Experimentierfeld für die realpolitischen Strategien der Neuen Rechten. Dabei lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden.

Die Höcke-AfD in Thüringen ist wirtschaftspolitisch klar dem völkisch-nationalsozialen Lager zuzuordnen. So versucht die Thüringer AfD seit 2016, durchaus im Anschluss an das klassische neonazistische Spektrum, auch traditionell linke Termine wie den 1. Mai offensiv umzudeuten.

Die sächsische AfD, der mit Jörg Urban eine deutlich blässere Führungsfigur vorsitzt als mit Höcke in Thüringen, ist in wirtschaftspolitischen Fragen programmatisch weniger entschlossen und tritt auch sonst kaum als Impulsgeber auf (vgl. Steffen 2024). So ist die rechtsextreme Partei in Sachsen zwar Nutznießer einer umfangreichen rechten Protestkultur, diese wird jedoch größtenteils von außerparlamentarischen Bewegungen wie Pegida oder den Freien Sachsen geprägt (vgl. Kiess/Nattke 2024).

4.1 Wirtschaftspolitisches Rüstzeug für die AfD

Neben seiner Tätigkeit als Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen baut Menzel seinen Verein derzeit zu einem Ideologiekprojekt mit bundesweiter und potenziell internationaler Ausrichtung aus. Dessen

zentrale Projekte sind zum einen das seit 2018 veröffentlichte Vierteljahresheft *Recherche D* (siehe Abbildung 6), das sich als „Infobrief der Denkfabrik für Wirtschaftskultur“ bezeichnet und dem erkannten Mangel an wirtschaftspolitischer Expertise im rechten Lager abhelfen soll.

Abbildung 6: Cover der Quartalszeitschrift „Recherche D“



Quellen (von links): <https://recherche-dresden.de/product/heft-12-sozial-oder-liberal/>; <https://recherche-dresden.de/wp-content/uploads/2024/04/cover-heft22-700x989.jpg>

Zum anderen erarbeitet *Recherche D* ein Online-Portal, das getreu dem Motto „Sprache ist Macht“ neben Blogbeiträgen ein seit 2022 laufend ergänztes Begriffslexikon anbietet. Auf der Website von Recherche Dresden wird die Arbeitsweise folgendermaßen umrissen:

„Die von Recherche D präsentierten Begriffe, metaphorischen Konzepte und Narrative entspringen keiner Tageslaune. Sie werden nach einer gründlichen Analyse des politischen Tagesgeschäfts und der sich darin etablierenden Sprache verfasst. Sie sollen ein stabiles Fundament für die Großerzählungen einer patriotischen Alternative bieten! Zur Analyse nutzen wir unter anderem Google Trends sowie die Trend-Darstellung auf X (ehemals Twitter). Das ersetzt jedoch nicht einen wachen, begriffsneugierigen Blick in die Presse. Anstatt sich in sozialen Medien von der ‚Erregungsgesellschaft‘ (NZZ vom 29.02.2020) durch Begriffe wie ‚Linksfaschisten‘, ‚Öko-Terror‘ oder ‚Klima-Wahn‘ in Rage bringen zu

lassen, fragen wir nach Sinn und Zweck dieser Begrifflichkeiten – und vielleicht notwendigen Alternativen. Sie finden deshalb in Bälde hier auch eine Auflistung der aus unserer Sicht zu vermeidenden Begriffe!“ (Recherche Dresden 2024b)

Waren die Stichworte zunächst auf politische Schlüsselkonzepte und rechte Schlagworte begrenzt, die von Kampfbegriffen wie „Globalismus“ bis zu rechtem Social Media Slang wie „Clownwelt“ reichten, wurde der Schwerpunkt des Lexikons mittlerweile auf geopolitische Länderkunde verlagert. Dies ist ein Hinweis auf die über Sachsen hinausgehenden Ambitionen des Projekts, das angesichts eines möglichen Wirtschaftskriegs zwischen EU, China und den USA auf einen hohen Beratungsbedarf in der AfD hoffen kann.

Recherche D und das Online-Lexikon sollen Aushängeschilder der wissenschaftlichen Tätigkeiten der „Denkfabrik“ sein, die auch Auftragsarbeiten für die „patriotische Opposition“ annimmt. Eine solche Auftraggeberin ist die AfD-Landtagsfraktion Brandenburg, für die der Verein Journalismus und Wissenschaft e. V. (2024) eine Studie zum Strukturwandel in der Lausitz infolge des Kohleausstiegs vorgelegt hat. 2020 erstellte der Verein ein „Lobbyismus-Dossier“ für den damaligen AfD-Europaabgeordneten Lars-Patrick Berg.

Aufgrund der engen personellen Verbindungen des Dresdner Netzwerks zur AfD fungiert Recherche Dresden als Recherchedienstleister für Landtags- und Bundestagsfraktionen. Das Magazin *Recherche D* kann entsprechend als Prospekt verstanden werden.

Als weitere Studie führt *Recherche D* auch Menzels für das *Institut für Staatspolitik* geschriebene Abhandlung „Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung“, womit erneut der fließende Übergang der beiden neurechten Netzwerke deutlich wird.

Aktuell füllt Recherche Dresden als formal unabhängiges Beratungsangebot für die AfD eine Lücke, die zukünftig durch die Desiderius-Erasmus-Stiftung geschlossen werden könnte. Zugleich kann der Verein durch seine anerkannte Gemeinnützigkeit über steuerabzugsfähige Spenden auch der Querfinanzierung des neurechten Vorfelds der Partei dienen.

Wie relevant Recherche Dresden tatsächlich ist, bleibt fraglich. Die großspurigen Ankündigungen können kaum darüber hinwegtäuschen, dass sowohl Inhalte als auch Aufmachung der Website zum Teil noch immer äußerst dilettantisch gestaltet sind.

Im Oktober 2024 verkündete Felix Menzel (2024) zudem, dass er alle für 2025 geplanten Ausgaben von *Recherche D* aussetzen wird, um sich „mit aller Kraft auf die Wikipedia-Korrektur zu konzentrieren“. Ob es sich dabei um einen vorgeschobenen Grund handelt, der über mangelndes Interesse am Infobrief hinwegtäuschen soll, können wir nicht beurteilen.

Unabhängig davon ermöglicht jedoch gerade der unfertige Charakter von Recherche Dresden einen offenen Einblick in die strategischen Überlegungen der neurechten Außenkommunikation.

Auch die angekündigte „Wikipedia-Korrektur“ ist dafür ein gutes Beispiel. Recherche Dresden (2024g) bietet an, Lebensläufe von „nonkonformen Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern“ von aus seiner Sicht inkriminierenden Hinweisen zu säubern. Damit dürften wohl Hinweise auf rechtsextreme Äußerungen und rechte Netzwerke gemeint sein, die in manchen Personeneinträgen in der freien Internet-Enzyklopädie enthalten sind.

Laut Recherche Dresden (2024g) soll in den korrigierten Beiträgen „generell auf Wertungen verzichtet“ und auf „amtliche Einschätzungen, z. B. vonseiten des Verfassungsschutzes (= Regierungsschutz)“ grundsätzlich nicht zurückgegriffen werden. Langfristiges Ziel dieser Umdeutungsarbeit ist die Zerstörung des gesellschaftlichen Wissens über rechte Netzwerke und letztlich die Umschreibung der Geschichte:

„Portraitiert werden in einem ersten Schritt nur lebende Persönlichkeiten aus Deutschland mit einem eigenen Wikipedia-Beitrag. Gern würden wir in Zukunft unser Lexikon aber auch breiter aufstellen. Persönlichkeiten aus dem Ausland (z. B. Michel Houellebecq, Viktor Orbán, Nigel Farage, ...) müssen also genauso warten wie historische Persönlichkeiten (z. B. Martin Luther, Bismarck, ...) und verkannte Genies, die von Wikipedia bisher ignoriert wurden.“ (Recherche Dresden 2024g)

Durch die Verlagerung des Arbeitsschwerpunkts empfiehlt sich Recherche Dresden als deutsche Brigade der von der internationalen äußersten Rechten ausgerufenen „Wikipedia Wars“ (vgl. Ward 2018). Die scheinbar neurale Wissensquelle Wikipedia ist aus metapolitischer Sicht besonders interessant, um subtil Einfluss auf Geschichtsdeutungen und politische Einstellungen zu nehmen. Ein ähnliches metapolitisches Kalkül liegt der Interviewpolitik von *Recherche D* zugrunde.

4.2 Linke Gesprächspartner in der „Interview-Falle“

Die Nullnummer einer Zeitschrift hat eine wichtige programmatische Funktion. Nicht nur werden Layout und Gliederung festgelegt und einem noch nicht klar abgegrenzten Publikum die Redaktion sowie zukünftige Autor:innen vorgestellt, sondern auch Titel, Semantiken und Konzepte eingeführt. Die programmatischen Absichten der Herausgeber:innen treten dabei noch weitgehend unbeeindruckt von Publikumsreaktionen hervor. Hier zeigt sich die Bandbreite der Positionen und Begriffe, die bele-

gen soll, was nach Meinung der Zeitschriftenmacher:innen bislang auf dem (rechten) Zeitschriftenmarkt gefehlt haben soll.

Bereits im Editorial der Nullnummer greift Menzel nicht zufällig auf das Label „patriotisch“ zurück, statt das in der Szene deutlich gängigere Attribut „national“ zu verwenden. Tatsächlich irritierte Menzel bereits 2013 das eigene Milieu mit der Forderung, die Fokussierung der Rechten auf den Nationalstaat zugunsten von Regionalismus und paneuropäischen Konzepten zu überwinden (vgl. Menzel/Stein 2013). Fünf Jahre später soll *Recherche D* den Rechten heterodoxe Perspektiven nahebringen, verspricht „unbequeme Wahrheiten“ und sucht dafür auch den Dialog mit Stimmen aus der Linken.

Das erste Interview führte die Redaktion deshalb mit Helge Peukert. Peukert ist Ökonomieprofessor an der Universität Siegen, Mitglied im Beirat der globalisierungskritischen Organisation Attac und steht der Klimaprotestbewegung nahe. Der Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler ist Verfechter von einschneidenden Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz sowie starken Zentralbanken zulasten von privaten Geschäftsbanken und spricht sich für hohe Erbschaftssteuern aus (vgl. Grajner/Peuker 2018). Als Kritiker des neoklassischen Mainstreams seiner akademischen Disziplin ist er außerdem häufig Gesprächspartner der DGB-Gewerkschaften und linker Parteien.

Für die sechste Ausgabe konnte *Recherche D* außerdem den Linken-Politiker Gregor Gysi (2019) für ein Interview gewinnen, in dem er den Strukturbruch in Ostdeutschland nach 1990, Enteignungsmodelle und das aus seiner Sicht angemessene Ausmaß staatlicher Daseinsfürsorge diskutierte. Beide Interviews wurden nicht konfrontativ geführt. Vielmehr waren die Fragen darauf ausgelegt, die Positionen der Interviewten herauszuarbeiten.

Recherche D orientiert sich dabei am Stil der „Interview-Falle“ der *Jungen Freiheit* (vgl. Löhlöffel 2007), die sich seit den 1990er Jahren darum bemüht, auch eher linke Personen zu Wort kommen zu lassen, um das Image eines rechtsextremen Szeneorgans abzustreifen. Dabei geht es weniger darum, den nicht-rechten Interviewten Aussagen zu entlocken, die der neurechten Ideologie entsprechen. Vielmehr wird die bezweckte Normalisierung bereits dadurch erreicht, dass ein lagerübergreifender Dialog mit einem extrem rechten Medium stattfindet.

4.3 „Sprache ist Macht“

Unter dem Motto „Sprache ist Macht“ wird das Online-Lexikon von *Recherche Dresden* seit 2022 laufend um neue Stichworte erweitert. Das

Lexikon trägt jedoch kaum zur Theoriebildung bei, sondern dient in erster Linie als Werkzeugkasten für die politische Kommunikation der extremen Rechten. Wie sprachbewusst diese kommuniziert, zeigt der Eintrag zum Stichwort „Soziales“.

Als übergeordnetes Ziel wird dort zunächst ein „metaphorisches Framing“ (Recherche Dresden 2024d) bestimmt. Damit knüpft das Projekt explizit an einen sozialwissenschaftlichen Begriff an, mit dem die gezielte Beeinflussung von Einstellungen und Vorstellungen durch bildhafte Zuspitzungen bezeichnet wird (vgl. Boeynaems et al. 2017; Kiess 2019; Christmann 2020).

Laut Robert M. Entman (1993) bedeutet Framing, dass bestimmte Aspekte der wahrgenommenen Realität selektiv ausgewählt und in einer Weise hervorgehoben werden, die eine bestimmte Problemdefinition, Kausalitäten, eine moralische Bewertung sowie eine Handlungsempfehlung nahelegt. In der Politik ist Framing der (gelingende wie misslingende) Versuch, Sachverhalte zu definieren, darzustellen und damit letztlich zu konstruieren (vgl. Nelson/Oxley/Clawson 1997). Beim Framing geht es also darum, zu verstehen und zu lenken, wie über einen Sachverhalt gedacht wird.

Für Recherche Dresden bietet der Framing-Ansatz außerdem den Vorteil, „verschiedene Positionen unter einen Hut bekommen zu können“ (Recherche Dresden 2024d). Er dürfte sich als nützlich erweisen, um den schwelenden Konflikt zwischen der völkisch-nationalsozialen und der autoritär-neoliberalen Strömung in der extremen Rechten vorläufig zu entschärfen.

Beim Stichwort „Soziales“ setzt Recherche Dresden das metaphorische Framing dadurch um, dass ein Narrativ mit der Erzählfolge Vergangenheit – Gegenwart – negative Zukunftserwartung – eigene Vision (Recherche Dresden 2024d) entwickelt wird. Diese Struktur entspricht exakt dem formalen Aufbau von „Solidarischer Patriotismus“ (siehe Abbildung 5), was darauf hindeutet, dass auch Kaiser in seinem Buch ein kalkuliertes metaphorisches Framing anstrebt.

Anders als Kaiser, der um eine umfangreichere historische Verortung der sozialen Frage bemüht ist, legt Recherche Dresden den historischen Ausgangspunkt für das Narrativ in das Deutschland zwischen der Revolution von 1848 und dem Tod des prägenden Reichskanzlers Otto von Bismarck: „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die soziale Frage herausragend gelöst.“ (Recherche Dresden 2024d). Mit diesem Ankerpunkt werden die nationalsozialistischen Anklänge der Höcke-AfD ebenso vermieden wie der Marktradikalismus der autoritär-neoliberalen Strömung innerhalb der AfD. Stattdessen bietet diese Erzählung eine für beide Lager akzeptable rückwärtsgewandte Utopie (Retropie).

Für die Gegenwart konstatiert das Narrativ eine durch Geburten-
schwund bedingte Schieflage des Sozialstaats. Gegen die negative Zu-
kunftserwartung von „Masseneinwanderung“ soll die eigene Vision als
„Willkommenskultur für Kinder“ und „Entlastung der Mitte des Volkes“
kommuniziert werden. Wie in Kaisers „Solidarischem Patriotismus“ wird
die soziale Frage auch in diesem Fall ethnisch-natalistisch beantwortet.
Die gewählte Stockfoto-Illustration mit einer weißen, heteronormativen
Kleinfamilie unterstreicht dieses Framing optisch (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Lexikon-Eintrag „Soziales“ von Recherche Dresden

Soziales

Ziel:

Metaphorisches Framing, denn das ist in der **Politik** am effektivsten bei einem geringen politischen Vorwissen. Metaphorisches Framing ist zudem von Vorteil, um verschiedene Positionen unter einen Hut bekommen zu können.

Narrativ:

Vergangenheit

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die soziale Frage herausragend gelöst. Dazu zählten Bismarcks Sozialversicherungen aber auch viele andere Initiativen von Kommunen, Vereinen und Unternehmen, z.B. zur „Armenpflege“. Diese Programme standen – im Gegensatz zu heute – immer unter dem Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Aufbauend auf diesem Prinzip darf Sozialpolitik niemals mit der Gießkanne geschehen, sondern sollte abzielen auf die Befähigung aller Bürger, auf eigenen Beinen stehen zu können.

Gegenwart

Durch politisch verschuldeten Geburtenschwund ist der **Sozialstaat** in eine Schieflage geraten. Das läßt sich nicht durch **Einwanderung** ausgleichen, sondern nur durch eine kinderfreundliche **Politik**.

Negative Zukunftserwartung

Fehlende Geburten und **Masseneinwanderung** sind ein toxisches Gemisch – noch dazu, wenn die **Einwanderer** sehr lange in den Sozialsystemen verbleiben. Das führt unweigerlich dazu, wovon Thilo Sarrazin schon vor über zehn Jahren eindringlich warnte: „**Deutschland** schafft sich ab.“ Das hat auch katastrophale soziale Folgen: Es ist jetzt schon absehbar, daß – wenn alles so weiterläuft wie bisher – unsere Söhne und Töchter überhaupt keine Rente mehr erhalten werden.

Eigene Vision

Wir denken an alle Generationen! Das heißt: Willkommenskultur für **Kinder**! Entlastung der **Mitte** des Volkes! Würdigung der Lebensleistung unserer Großeltern!

Quelle: Recherche Dresden 2024d (Screenshot)

Zum metaphorischen Framing gehört nicht nur die eigene Vision, sondern auch ein Feindbild, das mal offen, mal subtil, permanent mitkommuniziert werden soll. Mit Blick auf die soziale Frage lautet dieses Feindbild bei Recherche Dresden „Anonymität eines bürokratisch gewordenen Sozialstaats“ (Recherche Dresden 2024c).

Entsprechend heißt es im zugehörigen Eintrag, dass der moderne Sozialstaat daran kranke, dass „er lediglich eine anonyme Umverteilung vornimmt“ (Recherche Dresden 2024e). Als Inspiration für ein Gegenmodell soll die paternalistische karitative Armenpflege dienen, namentlich das Elberfelder System in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dieses seinerzeit in mehreren deutschen Städten etablierte Konzept einer dezentralisierten Armenfürsorge basierte laut Recherche Dresden (2024e) darauf, „Arbeitslosen durch persönlichen Kontakt eine individuelle Betreuung zukommen zu lassen.“

Finanzielle Unterstützungsleistungen sollten währenddessen vermieden werden, wurden zunächst auf zwei Wochen begrenzt und bedurften bei einer Verlängerung der Zustimmung des Armenpflegers, der die Betroffenen in ihren Wohnungen besuchte und sich somit ein Bild von ihren Lebensumständen machen konnte.“ Als Vorteile dieses Systems hebt Recherche Dresden (2024e) hervor, dass es „Mißbrauchsmöglichkeiten“ verringert und „persönliche Hilfe“ mit „klar definierten Pflichten“ koppelt.

4.4 „Nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ mit Marx und Luxemburg

Der programmatische Beitrag in der Nullnummer von *Recherche D* stammt aus der Feder von Felix Menzel und trägt den Titel „Vom Globalkapitalismus zur nachbarschaftlichen Marktwirtschaft“. In seinem Text konstruiert Menzel (2018b) einen Gegensatz von entorteter und verwurzelter Ökonomie, wie ihn ganz ähnlich wenige Monate später auch Alexander Gauland (2018) mit seiner Gegenüberstellung von „Anywheres“ und „Somewheres“ in der *FAZ* vollzog.

Menzel (2018b) verweist auf Coca-Cola als Symbol einer global wirklichen Monopolstellung und hebt kritisch hervor, wie die Unternehmensreklame ein diffuses liberales Freiheitsversprechen kommuniziert. Dieses instrumentelle und marktgängige Freiheits-Image kontrastiert er jedoch nicht mit den bekannten problematischen Unternehmenspraktiken von Coca-Cola in Ländern des globalen Südens. Seine rechte Kritik richtet sich ausschließlich auf die durch die Globalisierung vorangetriebene Homogenisierung des Konsums.

Gleich im zweiten Absatz seines Beitrags zitiert Menzel zu diesem Zweck aus dem Unterkapitel zum „Fetischcharakter der Ware“ aus dem ersten Band von Marx' Kapital. Marx reflektiert in diesem Abschnitt, wie die durch die Menschen ins Werk gesetzte Warenproduktion eine Eigen-dynamik entwickelt, die den Menschen nicht mehr als ihr eigenes Handeln erscheint.

Laut Marx besteht das „Geheimnisvolle der Warenform [...] darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt“ (Marx 1867/2024, S. 86). Der „Fetischcharakter der Warenwelt“ rühre aus dem „eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert“ (Marx 1867/2024, S. 87).

Marx beschreibt damit das Paradox, dass Arbeit im Kapitalismus zum einen eine konkrete, einzigartige Handlung von Einzelnen ist, diese Einzigartigkeit aber zugleich im Warentausch auch wieder verschwindet: was für den Wert der Ware ausschlaggebend ist, ist die für die Produktion notwendige durchschnittliche Arbeitszeit – unabhängig davon, ob eine einzelne Person mehr oder weniger Zeit aufgewendet hat.

Wie Ware und Wert durch den gesellschaftlichen Produktionsprozess erzeugt werden, interessiert den neurechten Ideologen jedoch nicht. Marx dient Menzel lediglich als Gewährsmann für eine Kritik an einem vermeintlichen Götzendienst, in der „der gesamte Verwertungsprozeß jeder Produktion als Ausdruck des absoluten Bereicherungstribs ins Visier“ (Menzel 2018b, S. 6) gerät. Mit Marxens Kritik, die nicht menschliche Gier, sondern anonyme gesellschaftliche Prozesse für die Dynamik des Kapitalismus verantwortlich macht, hat das wenig zu tun. Menzels Blick richtet sich hingegen primär gegen das aus seiner Sicht sittenlose, weil vermeintlich unpatriotische Verhalten von einzelnen Wirtschaftssubjekten.

Wie der Sozialwissenschaftler Norbert Wohlfahrt (2022) herausstellt, formuliert der neurechte Antikapitalismus keine Kritik an Konkurrenz und Ausbeutung, sondern eine moralische Anklage gegen Gier und Vereinzelung. Entsprechend benennt Menzel nachbarschaftliche Initiativen wie „Verbrauchergemeinschaften, genossenschaftlich organisierte Dorfgasthäuser, die in Form eines gemeinsamen Festes eine Natural-Dividende ausgeben, sowie Bauernhöfe, die ihre Kleininvestoren kostenlos mit Lebensmitteln beliefern“ (Menzel 2018b, S. 10) als fruchtbare Antworten auf die als anonym empfundene kapitalistische Weltökonomie.

Gewiss dürften derartige Strukturen auch vom Gros der Linken als sympathische und teils auch antikapitalistische Praxis angesehen werden. Diese Schnittmenge kann insbesondere dort entstehen, wo sich Linke angesichts ihrer politischen Defensive auf kleinräumige Selbstorga-

nisation verlegen und gesellschaftliche Großprojekte wie Wirtschaftsdemokratie und den Ausbau sozialer Rechte nicht weiterverfolgen können (oder wollen).

Menzels Kritik am Kapitalismus richtet sich jedenfalls nicht gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern gegen den liberalen, „globalistischen“ Universalismus, von dem ausschließlich Monopole profitierten. In diesem Kontext steht auch Menzels Referenz auf die von Rosa Luxemburg in „Die Akkumulation des Kapitals“ entwickelte These, dass „der Kapitalismus also von nichtkapitalistischen Formationen lebt“ (1913/1975, S. 363).

Menzel paraphrasiert Luxemburgs Beschreibung durchaus treffend als „Transformation von unbezahlter Eigenarbeit hin zu erwerbsorientierten Arbeiten“. Luxemburg konstatiert, dass sowohl die einfache Warenproduktion der Bauern wie auch die Subsistenzwirtschaft durch Kapitalakkumulation usurpiert und schließlich als eigenständige Wirtschaftsformen zerstört werden. Ihre kritische Analyse unterscheidet sich jedoch deutlich von der neurechten Klage über die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“.

Menzel (2018b, S. 9) sieht das Hauptproblem im „Verfall traditioneller Lebensformen“, zu der auch die unbezahlte „Eigenarbeit im Haushalt“ durch Frauen dazugehört. Luxemburg ging es hingegen, trotz aller scharfen Kritik an den Folgen der kapitalistischen Eigentumskonzentration in der Landwirtschaft, nicht um die Konservierung von traditionellen, patriarchalen Lebensformen auf dem Land, sondern um die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse.

4.5 Die „Agenda 2030“

Unter dem Slogan „Agenda 2030“ ergänzt *Recherche D* in jedem vierten Heft das eigene wirtschaftspolitische Programm. Die Agenda enthält eine Mischung aus theoretischen Einsichten, Forderungen und Absichtserklärungen. An ihr lässt sich sehr gut ablesen, dass die rhetorische Indienstnahme linker Theorien und Politikansätze – von der Forderung nach einem Ausbau des ÖPNV abgesehen – keine programmatischen Konsequenzen nach sich zieht.

Das mehrfach überarbeitete Programm besteht im Wesentlichen aus einer Mischung aus ordoliberalen Versatzstücken und einer völkischen Mittelstandsideologie (vgl. Breuer 2008). Sie setzt außerdem einen anti-individualistischen Volksbegriff voraus und zementiert soziale Ungleichheiten. In dieser Mittelstandsideologie verschmelzen reale Klassen wie Arbeiter:innenschaft, Kleinbürger:innen und Kapitaleigentümer:innen zu

einer mythisch überhöhten nationalen Gemeinschaft, für die das einzelne Individuum in die Pflicht genommen wird.

Besonders deutlich zeigt sich diese Ideologie, wenn man im Lexikon erfolglos nach dem Stichwort „Arbeitslosigkeit“ sucht. In den Ergebnissen taucht stattdessen der Begriff „Nichtarbeit“ auf. Während „Arbeitslosigkeit“ dem Begriff nach auf einen strukturellen Zusammenhang verweist, der Arbeitslosigkeit hervorbringt, handelt es sich bei „Nichtarbeit“ um ein sozialstaats- und ausländerfeindliches Framing. So heißt es im Eintrag von Recherche Dresden:

„Wenn der Bundesregierung vorgeworfen wird, sie alimentiere ‚Nichtarbeit‘, ist das also absolut richtig. Es bedarf hier jedoch einiger Ergänzungen. Erstens: Wir brauchen wieder das Lohnabstandsgebot. Wer arbeitet, muß in jedem Fall mehr haben als derjenige, der auf Kosten der Allgemeinheit lebt.

Zweitens: Das Bürgergeld ist längst ein ‚Neubürgergeld‘ bzw. eine ‚Ausländerstütze‘ (BILD) geworden. Über 23 Milliarden Euro müssen jedes Jahr direkt für Ausländer ausgegeben werden. Für Personen mit Migrationshintergrund dürfte die Zahl bei rund 30 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Es ist deshalb falsch, Debatten über die deutsche Unterschicht in der sozialen Hängematte zu führen. Solche Fälle gibt es natürlich. Trotzdem liegen die wirklichen Probleme woanders.“ (Recherche Dresden 2024a)

Der Eintrag ist mit mehreren Hyperlinks unterlegt, die auf Artikel der *Welt* und der *Bild* verweisen. Dort wird einmal für eine Neuordnung des Bürgergelds plädiert (vgl. Doll 2024) und ein andermal skandalisiert, dass das Bürgergeld zu einer „Stütze für Ausländer“ (Heisterhagen/Piatov/Tiede 2024) geworden sei. Der Begriff Lohnabstandsgebot verlinkt wiederum den gleichnamigen Wikipedia-Artikel, was erkennen lässt, dass Recherche Dresden an dieser Stelle keinen Bedarf sieht, das Wort umzuprägen.

Eine derartige selektive Referenz auf andere Medienberichte, die die eigenen Thesen unterstützen, ist typisch für neurechte Kampagnen. Sie soll zeigen, dass die eigenen Forderungen mainstreamtauglich sind, und den Leser:innen Argumentations- und Belegmaterial an die Hand geben.

Die Bürgergeld-Debatte ist nicht nur durch die migrations- und ausländerfeindliche Instrumentalisierung besonders anschlussfähig an neurechte Gesellschaftsvorstellungen. Bereits der dahinterliegende Kerngedanke, dass eine vermeintlich zu hohe soziale Absicherung zu Leistungsverlusten führt und die Menschen stattdessen besser durch äußeren Zwang auf Trab gehalten werden sollten, knüpft an klassische rechte Dekadenznarrative an (vgl. Schilk 2024, S. 305–317).

Ausgabe 22 von *Recherche D* wirft daher die Frage „Bürgergeld: Lohnt sich Faulheit?“ (siehe Abbildung 6) auf. Mittels selektiv zugespitzter Szenarien wird im Heft suggeriert, dass zu hohe Sozialleistungen Menschen davon abhalten, eine Arbeit aufzunehmen. Die alternative Perspektive, Arbeitsanreize durch faire Tariflöhne zu schaffen, ist für *Recherche D*

keine Option. Das Stichwort „Mindestlohn“ taucht im Lexikon ebenfalls nicht auf.

4.6 „Sozial ist Familie“

Die Mitte, die in zahlreichen Artikeln adressiert wird, ist für Recherche Dresden immer auch gleichbedeutend mit der „Mitte (des Volkes)“ (Recherche Dresden 2024f). Im zugehörigen Lexikon-Eintrag heißt es im Einklang mit der in Deutschland weitverbreiteten marktliberalen Kritik an einer übermäßigen Steuerbelastung:

„Die Mitte – das sind die Familien, deren Tag vor Sonnenaufgang beginnt und nach Sonnenuntergang zufrieden, aber auch erschöpft endet. Sie wie eine Zitrone auszuquetschen, ist unanständig. Und ihnen – nachdem sie ausgepreßt wurden – noch nicht einmal eine Rente zu gönnen, die es ihnen ermöglicht, weiterhin zur Mitte zu zählen, grenzt an eine Schande. Ja, Altersarmut ist eine Schande!“ (Recherche Dresden 2024f)

Der realen Altersarmut will Recherche Dresden jedoch nicht mit einem Ausbau des Sozialstaats oder einer Stabilisierung des Rentensystems begegnen, sondern durch die Aufwertung von vormodernen Formen der sozialen Absicherung, die auf die Formel „Sozial ist Familie“ heruntergebrochen werden:

„Wir setzen uns für eine anständige Rente und würdevolle Pflege – vor allem durch Angehörige – ein, weil wir Oma und Opa dankbar sind. Pflege sollte vorrangig in den eigenen vier Wänden stattfinden. Wir orientieren uns dabei an den Erfolgsmodellen aus Dänemark und den Niederlanden, die auf persönliche Unterstützung im häuslichen Umfeld setzen, statt Pflegebedürftige vorschnell in anonyme Einrichtungen abzuschieben.“ (Recherche Dresden 2024c, Unterstreichungen im Original)

Über das sehr zugängliche Bild der Liebe zu den Großeltern wird in diesem Beispiel die scheinbare Selbstverständlichkeit eingeführt, seine engsten Angehörigen persönlich zu pflegen. Vergeschlechtlichte Ungleichheiten bei der Ausübung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit werden dabei bewusst ignoriert (vgl. Hielscher/Kirchen-Peters/Nock 2017). Durch die Unterstreichungen soll exemplarisch gezeigt werden, wie ein „metaphorisches Konzept“ funktioniert:

„Das metaphorische Konzept ‚Sozial ist Familie‘ hat indes anderes im Sinn. Es will dem Konzept ‚Sozial ist teilen‘, das in der Endkonsequenz auf Gleichheit hinausläuft, ein einfaches Modell zur relativ variablen Erklärung der zahlreichen Unterbereiche der Sozialpolitik (Pflege, Gesundheit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ...) entgegenstellen. [...]. Das Konzept ‚Sozial ist Familie‘ bedeutet also, sämtliche Aspekte der Sozialpolitik vorrangig

mit Familien-Metaphern und Bezügen zu veranschaulichen.“ (Recherche Dresden 2024c)

Im Zentrum der eigenen Vision steht gemäß der oben skizzierten Mittelsstands-ideologie die Förderung selbstständiger Existenzen, die nicht an Sozialversicherungssysteme angeschlossen sind:

„Aus eigener Erfahrung mit unseren Kindern wissen wir, daß ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ besser ist, als ihnen alles zu schenken. Denn wir wollen sie zur Selbständigkeit erziehen. Auch der Sozialstaat muß daher Leistungsbereitschaft belohnen. Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, daß man manche Menschen an die Hand nehmen muß.“ (Recherche Dresden 2024c, Unterstreichungen im Original)

Zumindest Teile des imaginierten Volks werden hier zum Objekt der paternalistischen Sozialfürsorge erklärt. Die Familien-Metaphorik lässt sich aber, wie Recherche Dresden weiter argumentiert, auch auf das Verhältnis von Staatsbürgern und Migrant:innen übertragen:

„Zur Familie unserer Nation kann nicht jeder gehören. Der Sozialstaat ist daher mit offenen Grenzen unvereinbar. Er darf kein Versorgungssystem für arabische Clanfamilien sein.“ (Recherche Dresden 2024c, Unterstreichungen im Original)

Ein weiterer Themenkomplex, der durch die Familien-Metaphorik adressiert werden kann, ist die „Anonymität eines bürokratisch gewordenen Sozialstaats“, so die Zwischenüberschrift (Recherche Dresden 2024c). Am Ende des Eintrags heißt es:

„Aus dem metaphorischen Konzept ‚Sozial ist Familie‘ lässt sich darüber hinaus unser Hauptvorwurf ableiten: Der Sozialstaat ist zu einer bürokratischen, anonymen, kalten Umverteilungsmaschine verkommen, die den Falschen hilft.“ (Recherche Dresden 2024c)

Recherche Dresden ist sich vollends bewusst, dass ein derartiges Framing immer auch „blinde Flecken“ erzeugt und die Gefahr birgt, einer universalistischen „Hypermoral“ das Wort zu reden, die auf einer „linken Strategie“ beruhe. Man solle deshalb „darauf bestehen, daß sich der Staat aus Familienangelegenheiten und unserer Privatsphäre heraushält“. Das metaphorische Konzept „Sozial ist Familie“ sei aber als „relativ variable“ Erklärung der Sozialpolitik [...] notwendig, um dem bestehenden Binnenpluralismus in diesen Fragen im patriotischen Spektrum Raum zu lassen“ (Recherche Dresden 2024c).

Wir haben in unserer Einleitung bereits darauf hingewiesen, dass Neue Rechte mit logischen Inkonsistenzen in der Regel wenig Probleme haben, da Framing und metaphorische Konzepte über den Mangel an einer einheitlichen Theorie hinwegtäuschen können. Zwar greift dieses Framing

auch reale sozialpolitische Probleme auf. Die gewählten Antworten gehen letztlich jedoch nicht über altbekannte rechte Forderungen nach dem Opfer für ein höheres Prinzip hinaus, wie sie schon das faschistische Vichy-Regime mit seiner Losung „Arbeit, Familie, Vaterland“ oder der portugiesische Estado Novo unter dem faschistischen Diktator Salazar mit „Gott, Vaterland, Familie“ gefordert hat.

5. Fazit

Eine „Ausführung aus dem Marxismus“ verspricht der *Sezession*-Herausgeber Erik Lehnert in seinem Vortrag für den Wiener Ableger des neu-rechten Netzwerks „Aktion 451“ am 7. Dezember 2024. Anschließend möchten die Nachwuchsaktivisten den „1. Geburtstag unserer Studentenbewegung Aktion 451 im Rahmen einer ‚Antimarxistischen Feier‘ zelebrieren“ (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Werbung für eine „Antimarxistische Feier“ der Aktion451



Quelle: Instagram-Post der Aktion451:
www.instagram.com/p/DCjketitLa0/ (Screenshot).

Sind damit, wie es auf dem Einbandtext von Rolf-Peter Sieferles (2019) im Imprint des Manuscriptum-Verlags posthum veröffentlichten „Marx zur Einführung“ heißt, die Zeiten der „Entdeckung der Marxschen Thesen von rechter bzw. neu-rechter Seite“ vorbei? Ist das letzte Wort zu jener „geradezu erlesen konträren Liaison“ tatsächlich gesprochen? Neurechte Diskurspiraterie kommt so schnell wie sie vergeht. Wann der Wechsel von

Instrumentalisierung und Verdammung linker Theorien einsetzt, ist schwer abzuschätzen.

Wie wir gezeigt haben, vereinnahmen neurechte Autoren seit Jahrzehnten linke Theorie und instrumentalisieren linke Begriffe für verschiedene Wortergreifungsstrategien. Erstens zur Provokation der Linken und Liberalen, zweitens, um die Angriffsfläche für ihre Gegner:innen zu verringern, und drittens, um den Eindruck zu erwecken, ein zentrales Arbeitsfeld der politischen Linken zu übernehmen – die soziale Frage.

Mit Blick auf nationale und globale Entwicklungen scheint das rechte Interesse an diesem Arbeitsfeld jedoch bereits wieder zu sinken. In Deutschland ist mit dem BSW neben der AfD eine weitere politische Partei entstanden, die das Thema rhetorisch aufgreift und mit einer teilweise ähnlichen Programmatik beantwortet.

International treten rechte Netzwerke und Thinktanks mittlerweile stärker für disruptive Strategien ein und arbeiten eher an der Umdeutung des liberalen Freiheitsbegriffs als linke Vorstellungen von Sozialstaat und Solidarität zu reklamieren. Die realpolitische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Programms von Javier Milei in Argentinien und die Agenda von Elon Musk in den USA dürften in den kommenden Jahren rechtslibertäre Ansätze stärken, die in der äußersten Rechten ebenfalls auf große Resonanz stoßen.

Im Ergebnis bleiben auch die scheinbar „linken Leute von rechts“ ihrem Lager treu. Einen grundlegenden ideologischen Wandel kann und soll die Vereinnahmung linker Theorien nicht bewirken. Der „solidarische Patriotismus“ nach Benedikt Kaiser und die „nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ nach Felix Menzel bilden hier keine Ausnahme. Ihr Verhältnis zu den politischen Ideen der Linken unterscheidet sich aber graduell.

Kaiser sucht die Auseinandersetzung mit linken Klassikern und Gegenwartsautor:innen, um analytische Leerstellen aufzufüllen. Sie dienen als „Gebrauchsfertige Theoriebausteine“ (Schilk 2018), um die eigenen Erzählungen vom Niedergang der modernen Gesellschaft zusätzlich zu legitimieren. Bei Menzel ist der Bezug auf linke Theorien weit oberflächlicher, instrumenteller und folgenloser. Die Referenzen auf Marx und Luxemburg und die Beschwörung eines linken Feindbilds stehen konsequenzenlos nebeneinander.

Neurechte, die vorgeben, eine sozialpolitische Doktrin auszuarbeiten, sprengen so gut wie nie den Rahmen extrem rechter Ideologieproduktion. Sie gewichten den linken Leitwert der Gleichheit nicht stärker als den rechten Leitwert der Ungleichheit. Allerdings existieren die Pole „Links“ und „Rechts“ nicht nur in Bezug auf das gesamte politische Spektrum. Ein rechter und ein linker Flügel können sich auch innerhalb der äußersten Rechten herausbilden. Statt Gleichheit für alle geht es dann um die kon-

krete Ausdeutung von Zugehörigkeitsansprüchen und Gerechtigkeitsvorstellungen – also um Varianten einer antiegalitären Herrschaftsform. Auch der „solidarische Patriotismus“ plädiert für eine exkludierende Solidarität.

Innerhalb des neurechten Spektrums gibt es vor diesem Hintergrund divergierende Positionen zur Rolle des Staates. Benedikt Kaiser schlägt vor, Privateigentum an Produktionsmitteln teilweise zu verstaatlichen, um die völkisch-rassistischen Vorstellungen einer „*relativen* ethnischen Homogenität“ und einer „*relativen* sozialen Homogenität“ (Kaiser 2020b, S. 265 f., Kursivierungen im Original) der Deutschen durchzusetzen.

Sein Mitstreiter Felix Menzel setzt bei seiner „nachbarschaftlichen Marktwirtschaft“ dagegen mehr auf regionale und moralische Verbindlichkeiten der deutschen Kapitaleigner:innen. Auch Altersarmut will Menzel primär durch Eigeninitiative und Bildung bekämpfen, statt „aus taktischen Gründen ein Klagelied über Altersarmut anzustimmen“ (Kaiser/Menzel 2018, S. 56).

Kaiser weist diese Aussage in einem Streitgespräch mit Menzel zurück und verweist darauf, dass Altersarmut ein „strukturelles Problem“ (Kaiser/Menzel 2018, S. 56) sei. Vergleicht man diese beiden Ansätze, mag Kaiser „linker“ als Menzel sein. Zu einem Grundsatzkonflikt führt das an keiner Stelle.

Die beiden Pole dieses neurechten Binnenkonflikts lassen sich als E-tatismus und autoritärer Libertarismus beschreiben (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022). Letzterer kann bisweilen die Form einer offenen Staatsfeindschaft annehmen. Im „Staatspolitischen Handbuch“ des IfS werden sowohl „Anarchie“ als auch „Staat“ als zentrale Begriffe aufgeführt. Das ist nur scheinbar paradox: Der von Neurechten geforderte Staat, der die Gesellschaft autoritär durchdringen soll, existiert aus ihrer Perspektive noch nicht. Und so sind die „Anarchen“ genannten Saboteure der Bundesrepublik in der Zwischenzeit willkommen.

Ein solcher „Anarchismus von rechts“ wird als Ressource gesehen, um „nach dem Gang durch die Katastrophe Mittel für den Wiederbeginn zur Verfügung zu halten“ (Weißmann 2009, S. 13). Die neurechten Vordenker, die sich für Führungspositionen in einem autoritären Staat bereithalten, und die rechtsextremen Prepper und Reichsbürger, die den Staat des Grundgesetzes unterlaufen, delegitimieren und angreifen, gehören in dieser Logik zusammen.

Trotz der marktradikal-staatsfeindlichen Töne bleibt Kapitalismus eine Reizvokabel für große Teile der Neuen Rechten. „Solidarischer Patriotismus“ und „nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ sind jeweils Versuche, einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu suggerieren. Deswegen ist es für die Autoren kein Widerspruch, wenn sie wirt-

schaftsliberale und kapitalismuskritische Fragmente kombinieren und es als „bekannten Marxschen Fehler“ bezeichnen, dass dieser „Kapitalismus und Marktwirtschaft gleichsetzte“ (Kaiser 2020b, S. 284).

Stichwortgeber für diese rechte Marx-Kritik ist der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter (1883–1950), auf dessen Unterscheidung von „Kapitalist“ und „Unternehmer“ sich Kaiser zustimmend bezieht:

„Der eine wird im Solidarischen Patriotismus benachteiligt werden, der andere begünstigt. Unternehmer ist nach Schumpeter eine Person, die in ihrem Unternehmen arbeitet und dieses im Normalfall selbst gegründet hat. Er ist mit seinen Ideen, seiner Inspiration und seiner Power das Zentrum dieses Unternehmens, er steht für dessen Erfolg oder auch Misserfolg, er lebt von dem Einkommen für diese unternehmerische Arbeit. Ganz anders der Kapitalist, den das Unternehmen nur als Anlageobjekt interessiert.“ (Kaiser 2020b, S. 284)

Der in der ökonomischen und politischen Struktur bedingte strukturelle Interessengegensatz von Kapital und Arbeit, aus dem Gewerkschaften die Notwendigkeit der kollektiven Organisation der lohnabhängig Beschäftigten ableiten, wird von Neurechten in Anschluss an Schumpeter auf eine moralische Kritik von bösen Kapitalisten und guten Unternehmern heruntergebrochen. Lohnabhängige, die im Dienst dieser Unternehmer stehen, sollen vor allem nach „erbrachter Leistung, Pflichtbereitschaft und Fleiß“ (Kaiser 2020b, S. 266) bewertet werden.

Zwar geben sowohl Benedikt Kaiser als auch Felix Menzel einzelne Aspekte von marxscher und luxemburgscher Kritik an der Profit- und Verwertungslogik des Kapitals korrekt wieder. Bei einem entscheidenden Punkt setzt die Vereinnahmung jedoch immer aus: der Analyse von Klassen.

Neurechte stellen sich bei ihrer Agitation gegen Aspekte des Kapitalismus niemals den „Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“ (Marx 1867/2024, S. 92). Der bei Marx und Luxemburg zentrale Befund, dass Eigentümer:innen von Produktionsmitteln dadurch Mehrwert produzieren, dass sie die von Eigentumslosen verkaufte Ware Arbeitskraft ausbeuten, wird ausgeblendet.

Neurechte nehmen teilweise durchaus wahr, dass diese Verwertungslogik besteht, ziehen aber daraus an keiner Stelle systematische Konsequenzen. Die neurechte Indienstnahme von linken Theoretiker:innen wie Karl Marx und Rosa Luxemburg endet auch beim internationalistischen Anspruch ihrer Kritik am Kapitalismus.

Die Neue Rechte will nicht den Interessengegensatz von Arbeit und Kapital aufheben, sondern lediglich die globalisierenden Tendenzen des Kapitals und ihre Folgen bekämpfen. Ihr Gegenbild ist in letzter Konse-

quenz die Globalisierung von Apartheid, die sie als vermeintlich diversitätssensiblen „Ethnopluralismus“ verklärt.

Martin Sellner, der Vordenker der „Identitären Bewegung“, will mit der Legende vom „Großen Austausch“ gefunden haben, „was die Kommunisten im ‚Kapitalismus‘ hatten, was die Moslems im ‚Westen‘ haben: ein klares Feindbild“, das „die Gleichgültigkeit und Verdinglichung [unterstreicht], mit der die Politiker ihre Bevölkerung schlichtweg gegen Import,ware‘ austauschen.“ (Sellner 2016a, S. 191)

Wenn Neue Rechte in diesem Kontext die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft beklagen, zielen sie auf eine Diskursverschiebung. Im Zentrum der Überlegungen steht eine De-Globalisierung des wirtschaftlichen Verkehrs unter völkisch-rassistischen Vorzeichen. Statt den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit herauszuarbeiten, ist es neurechten Ideologen wichtig, einen Konflikt zwischen Innen und Außen zu beschwören. Minimalkonsens unter den beschriebenen Akteur:innen ist es, dass Migration der sichtbarste negative Ausdruck der kapitalistischen Globalisierung ist. Hinter diesem Phänomen stehe eine gegen Deutschland gerichtete Verschwörung, die oftmals anschlussfähig an antisemitische Codes ist.

Als Scheinlösung beschwören Neurechte eine neue, scheinbar klassenübergreifende Leistungsgesellschaft, die Deutschland gegen unerwünschte Migrant:innen abschottet und die Urheber:innen und Fürsprecher:innen des „Großen Austausches“ zu Feinden erklärt.

Wenn in diesem Kontext von Solidarität die Rede ist, so ist dies stets mit dem Phantasma ethnischer Homogenität verbunden (vgl. Fronek/Siegert 2022). Die ökonomische und gesellschaftliche Konkurrenzlogik bleibt dabei weitgehend unangetastet, da sie kompatibel ist mit dem rechten Menschenbild und der daraus resultierenden Vorstellung, dass sich in der Gesellschaft immer die Stärksten durchsetzen sollen.

So bestimmte bereits der von Neurechten gern zitierte Ernst Jünger in seiner Abhandlung über den „Arbeiter“ das Ziel rechter Sozialpolitik darin, „die maßlose und unberechenbare Konkurrenz zurückführen auf eine natürliche Konkurrenz, wie sie innerhalb der Naturreiche oder historisch gewordener Gesellschaftszustände zu beobachten ist“ (Jünger 1932/1982, S. 186).

Als sozialstrukturelles Zentrum der imaginierten Gemeinschaft gilt der Mittelstand. Gemeint sind damit zum einen mittelständische Familienunternehmer:innen, zum anderen Angehörige der „klassischen Mittelschicht von Malermeistern über Facharbeitern bis zu Universitätsmitarbeitern“ (Kaiser 2020b, S. 167), die derzeit die Erosion von Zukunftssicherheit und biografischer Normalität erleben. Die AfD hat die Ängste und Sehnsüchte dieser „Abstiegsgesellschaft“ im Bundestagswahlkampf 2021 auf die wirkungsvolle Formel „Deutschland, aber normal“ gebracht. Die Rückkehr zu

einer verklärten Normalität, die zugleich unerreichbar ist, treibt die extrem rechte Propaganda an.

Eine Rückkehr in den regulierten „rheinischen Kapitalismus“ der west-deutschen Bundesrepublik wird nicht ernsthaft verfolgt. Sie dient eher als Kontrastfolie für eine kommunikativ nützliche Niedergangserzählung über die deutsche Gesellschaft der Gegenwart. Die gegen Monopole und Konzerne gerichtete Polemik der Neuen Rechten ist aber durchaus auf der Linie des Ordo- und Neoliberalismus. Von einem Erhalt oder gar der Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme – wenn auch nur für völkisch-rassistisch definierte Deutsche – kann man in dieser imaginierten Gemeinschaft indes nicht ausgehen.

Neurechter Antikapitalismus bedeutet in der Praxis die Verschärfung von Tendenzen des neoliberalen Kapitalismus. Der „linke“ Kaiser ist sich mit dem „rechten“ Menzel beispielsweise in der Forderung einig, Arbeit, Dienst und Leistung auch da abzufordern, wo sie nach kapitalistischer Maßgabe gar nicht wertbildend ist. So laufen die vorgebrachten Vorschläge zur Förderung von häuslicher Familienpflege in der Realität darauf hinaus, dass die primär von Frauen ausgeführte Care-Arbeit wieder entprofessionalisiert und perspektivisch ins Unbezahlte zurückgedrängt wird.

Arbeit wird in der Neuen Rechten kaum als ökonomische Kategorie verstanden. Vielmehr wird sie in ihrer identitätsstiftenden Funktion gegen vermeintliche Müßiggänger:innen instrumentalisiert und als Eintrittsvoraussetzung in ein exklusives Kollektiv überhöht. Neurechten Ideolog:innen geht es vordergründig darum, dass angeblich „preußische“ Tugenden wie Fleiß und Pflichterfüllung im Wirtschaftsleben Einzug halten (vgl. Kaiser 2020b, S. 139; Recherche Dresden 2024).

Der semantische Rückgriff auf Preußen verdeckt, dass dieses neurechte Arbeitsverständnis auch ein nationalsozialistisches Erbe mitführt. Die nationalsozialistische Vorstellung von „deutscher Arbeit“ war radikal gegen das Individuum gerichtet und verlangte totale Selbstaufgabe in der Volksgemeinschaft, deren innerer Zusammenhalt durch die Exklusion und Vernichtung der antisemitisch, rassistisch, antiziganistisch und sozialchauvinistisch markierten Exponenten von „Nicht-Arbeit“ geschaffen wurde (vgl. Lelle 2021).

Für die DGB-Gewerkschaften stellt sich vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Doktrin der Neuen Rechten eine komplexe Aufgabe. Sie sind seit Jahrzehnten damit konfrontiert, dass auch relevante Teile ihrer Mitglieder extrem rechte Einstellungen teilen oder für diese empfänglich sind. Eine moralische Anklage der diskriminierenden Folgen der neurechten sozialpolitischen Doktrin wird daran kurzfristig wenig ändern können.

Gewerkschaften sollten daher auch mit konkreten Beispielen daran erinnern, dass die AfD und ihr politisches Vorfeld auf die massive Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten Menschen hinarbeiten, und gleichzeitig die Erfolge einer inklusiven Solidarität selbstbewusst herausstellen.

Quellen

Alle im Folgenden genannten Webseiten wurden zuletzt am 20.12.2024 abgerufen.

- Aderholz, David (2021): Extrem rechte Zugriffe auf die Arbeitswelt: eine kritischhermeneutische Untersuchung von Propagandamaterial von Zentrum Automobil und der Kampagne „Werde Betriebsrat“. In: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1 (2), S. 323–343. <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i2.09>.
- Adorno, Theodor W. (1972): Reflexionen zur Klassentheorie. In: Adorno, Theodor W. (Hrsg.): Soziologische Schriften, Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 373–391.
- AfD Landesverband Thüringen (2018): Jürgen Pohl: Wohlstandslohn statt Mindestlohn. AfD Landesverband Thüringen. <https://afd-thueringen.de/thuringen-2/2018/06/juergen-pohl-wohlstandslohn-statt-mindestlohn/>.
- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Bar-On, Tamir (2007): Where have all the fascists gone? Aldershot, Hampshire: Routledge.
- Barthel, Julia / Khamis, Sammy / Mayer-Fünffinger, Arne / Nabert, Alexander / Zierer, Maximilian (2024): AfD im Bundestag: Mehr als 100 rechtsextreme Mitarbeiter. Bayerischer Rundfunk, 12.3.2024. www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/afd-im-bundestag-mehr-als-100-rechtsextreme-mitarbeiter.U6iXI6t.
- Becker, Christoph / Fücks, Ralf (Hrsg.) (2020): Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Behrens, Kilian / Pérez Duarte, Mika / Lölhöfel, Lea / Henßler, Vera / Schwarz, Patrick (2024): Queerfeindlichkeit in der extrem rechten Publizistik – Teil 1. Apabiz. www.apabiz.de/2024/queerfeindlichkeit-in-der-extrem-rechten-publizistik-teil-1/.
- Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld: Sinus.
- Benoist, Alain de (1990): Der Westen, so wie er ist. In: taz, 13.12.1990, S. 10. <https://taz.de/!1740701/>.

- Biskamp, Floris (2019): Rechter Ideologe und schlechter Soziologe. Alexander Gaulands Rede über Populismus und Demokratie gelesen als Theorie, Ideologie und politische Herausforderung. <https://florisbiskamp.com/wordpress/wp-content/uploads/2019/02/Floris-Biskamp-Rechter-Ideologe-und-schlechter-Soziologe-Alexander-Gaulands-Rede-über-Populismus-und-Demokratie-gelesen-als-Theorie^J-Ideologie-und-politisch.pdf>.
- Biskamp, Floris (2021): Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD. In: Sehmer, Julian / Simon, Stephanie / Elsen, Jennifer Ten / Thiele, Felix (Hrsg.): Recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Wiesbaden/Heidelberg: Springer VS, S. 21–37. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32560-2_2.
- Blee, Kathleen / Latif, Mehr (2020): Sociological survey of the far right. In: Ashe, Stephen D. / Busher, Joel / Macklin, Graham / Winter, Aaron (Hrsg.): Researching the Far Right. Abingdon / New York: Routledge, S. 45–59.
- Bobbio, Norberto (2021): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: Wagenbach.
- Böckelmann, Frank (2014): Jargon der Weltoffenheit. Was sind unsere Werte noch wert? Waltrop/Leipzig: Manuscriptum.
- Böckelmann, Frank (2017): Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit. Freiburg im Breisgau: ça ira.
- Böckelmann, Frank / Nagel, Herbert (Hrsg.) (1976): Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Frankfurt am Main: Neue Kritik.
- Boeynaems, Amber / Burgers, Christian / Konijn, Elly A. / Steen, Gerard J. (2017): The Effects of Metaphorical Framing on Political Persuasion: A Systematic Literature Review. In: Metaphor and Symbol 32 (2), S. 118–134. <https://doi.org/10.1080/10926488.2017.1297623>.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bose, Sophie / Köster, Jakob / Lütten, John (2020): Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive: Gesellschaftsbilder und Einstellungsmuster aktiver Gewerkschaftsmitglieder. In: Becker, Karina / Dörre, Klaus / Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 211–226. www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/LP_Becker_10509.pdf.

- Botsch, Gideon (2017a): Die Junge Freiheit – Sprachrohr einer radikal-nationalistischen Opposition. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/230020/die-junge-freiheit-sprachrohr-einer-radikal-nationalistischen-opposition/.
- Botsch, Gideon (2017b): Rechtsextremismus als politische Praxis. Umrisse akteursorientierter Rechtsextremismusforschung. In: Kopke, Christoph / Kühnel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke. Baden-Baden: Nomos, S. 131–146.
www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845286242.pdf?download_full_pdf=1.
- Brenner, Michael (2013): Der antisemitische Code. In: Kursbuch 49 (173), S. 154–163.
<https://doi.org/10.5771/0023-5652-2013-173-154>.
- Breuer, Stefan (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Brown, Katy / Mondon, Aurelien / Winter, Aaron (2023): The far right, the mainstream and mainstreaming: towards a heuristic framework. In: Journal of Political Ideologies 28 (2), S. 162–179.
<https://doi.org/10.1080/13569317.2021.1949829>.
- Brülle, Jan / Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht 2023. In: WSI-Mitteilungen 76 (6), S. 444–451.
<https://doi.org/10.5771/0342-300X-2023-6-444>.
- Buckel, Sonja / Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos.
doi.org/10.5771/9783845201849.
- Chambers, Simone / Kopstein, Jeffrey (2001): Bad Civil Society. In: Political Theory 29 (6), S. 837–865.
<https://doi.org/10.1177/0090591701029006008>.
- Christmann, Ursula (2020): Metapher-Framing. In: Wirtz, Markus Antonius / Dorsch, Friedrich (Hrsg.): Dorsch – Lexikon der Psychologie. Bern: Hogrefe, S. 1156–1157.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (2024a): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hrsg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 29–99.

- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Ayline / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024b): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen: Psychosozial.
- Der rechte Rand (Hrsg.) (2020): Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts: Einblicke in 20 Jahre „Institut für Staatspolitik“. Hamburg: VSA.
- Dietl, Stefan (2018): Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“. Münster: Unrast.
- Doll, Nikolaus (2024): „Deutschland kann es sich gar nicht leisten, Nichtarbeit zu alimentieren“. In: Welt, 6.8.2024.
www.welt.de/politik/deutschland/plus252775702/Buergergeld-Deutschland-kann-es-sich-gar-nicht-leisten-Nichtarbeit-zu-alimentieren.html?icid=search.product.onsitesearch.
- Eichberg, Henning (1973): Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe. In: Junges Forum 5, S. 3–12.
- Ein Prozent (2018): Ausbeuter und Menschenschmuggler. Ein Prozent.
<http://web.archive.org/web/20240422052105/https://www.einprozent.de/blog/asylfakten/ausbeuter-und-menschenschmuggler/2243>.
- Elbe, Ingo (2020): Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Entman, Robert (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication 43 (3), S. 51–58.
<https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>.
- Fiedler, Maria (2018): Götz Kubitschek – der Strategie der Neuen Rechten. In: Tagesspiegel, 8.9.2018.
www.tagesspiegel.de/politik/gotz-kubitschek--der-strategie-der-neuen-rechten-5530186.html.
- Fiß, Daniel (2024): Einer gegen Alle – Brandenburg hat gewählt. In: Sezession (online), 24.9.2024.
<https://sezession.de/69591/einer-gegen-alle-brandenburg-hat-gewaehlt>.
- Freedon, Michael (2022): Ideology studies. New advances and interpretations. Abingdon / New York: Routledge.
- Friedländer, Saul (2008): Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Die Jahre der Vernichtung 1939–1945. München: dtv.
- Fritze, Lothar (2021): Kulturkampf. Moralischer Universalismus statt Selbstbehauptung? Dresden: Jungeuropa.

- Fronek, Turid / Siegert, Richard (2022): Das gefährdete und das gefährliche Wir – auf der Suche nach Solidarität im Identitätsdiskurs der „Neuen Rechten“. In: Sorce, Giuliana / Rhein, Philipp / Lehnert, Daniel / Kaphegyi, Tobias (Hrsg.): Exkludierende Solidarität der Rechten. Wiesbaden: Springer VS, S. 85–106.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3>.
- Gauland, Alexander (2018): Warum muss es Populismus sein? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.2018.
www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206.html.
- Gauland, Alexander (2019): Populismus und Demokratie. In: Sezession 88, S. 14–20.
https://sezession.de/wp-content/uploads/2020/04/Sez_88-16-22.pdf.
- Gauland, Alexander (2000): Herkunft und Zukunft. In: Criticón 167, S. 24–25.
- Gebhardt, Richard (2024): Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. In: Virchow, Fabian / Hoffstadt, Anke / Heß, Cordelia / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–25.
<https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3>.
- Gehlen, Arnold (1969): Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Frankfurt am Main / Bonn: Athenäum.
- Gessenharter, Wolfgang (1989): Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. In: Eisfeld, Rainer (Hrsg.): Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Frankfurt am Main: Athenäum, S. 424–452.
- Grajner, Martin / Peuker, Helge (2018): „Ein blauer Frosch wäre im Teich der roten Frösche eine Bereicherung“. Martin Grajner im Gespräch mit Prof. Helge Peukert. In: Recherche D 1, S. 12–15.
- Gysi, Gregor (2019): In allen Kennziffern sieht es so aus, als ob die Mauer noch steht. Im Gespräch mit Dr. Gregor Gysi. In: Recherche D 6, S. 20–22.
- Hacke, Jens (2020): Carl Schmitt. Antiliberalismus, identitäre Demokratie und Weimarer Schwäche. In: Becker, Christoph / Fücks, Ralf (Hrsg.): Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 30–48.
- Heisterhagen, Nils / Piatov, Filipp / Tiede, Peter (2024): Bürgergeld wird immer mehr zur Stütze für Ausländer. In: Bild, 30.7.2024.
www.bild.de/politik/inland/buergergeld-wird-immer-mehr-zur-stuetze-fuer-auslaender-66a74de6c6b1b22a70c53a59.

- Hennetier, Thomas (2024): Wolfgang Streeck face à la crise du capitalisme contemporain. Propos recueillis. In: éléments pour la civilisation européenne 209, S. 6–12.
- Herrnstein, Richard J. / Murray, Charles A. (1994): The bell curve. Intelligence and class structure in American life. New York: Free Press.
- Hielscher, Volker / Kirchen-Peters, Sabine / Nock, Lukas (2017): Pflege in den eigenen vier Wänden. Zeitaufwand und Kosten. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geben Auskunft. Study 363. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
www.boeckler.de/fpdf/HBS-006597/p_study_hbs_363.pdf
- Höcke, Björn (2020): Buchbesprechung „Solidarischer Patriotismus: Die soziale Frage von rechts“ von Benedikt Kaiser. Facebook-Beitrag, 30.10.2020.
www.facebook.com/watch/?v=1234228340295774.
- Holz, Klaus (2010): Der Jude. Dritter der Nationen. In: Eßlinger, Eva / Schlechtriemen, Tobias / Schweitzer, Doris / Zons, Alexander (Hrsg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. Berlin: Suhrkamp, S. 292–303.
- Hümmeler, Lilian (2021): Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank. Hamburg: Marta Press.
- Institut für Staatspolitik (2013): Warum Deutschland nicht vom Euro profitiert. Volkswirtschaftliche Bilanz und politische Konsequenzen. Steigra-Schnellroda: Verein für Staatspolitik.
- Jünger, Ernst (1932/1982): Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kaiser, Benedikt (2011): Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle. Kiel: Regim.
- Kaiser, Benedikt (2017a): Mosaik-Rechte und Jugendbewegung. In: Sezession 77, S. 46–47.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/10/Sez77-Mosaikrechte.pdf>.
- Kaiser, Benedikt (2017b): Nikolai Ostrowskis Jahrhundertwerk. Von Rebellion und Leidenschaft, Dienst und Dogma. In: Ostrowski, Nikolai: Wie der Stahl gehärtet wurde. Leipzig: Renovamen-Verlag, S. 7–15.
- Kaiser, Benedikt (2017c): Querfront. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Kaiser, Benedikt (2017d): Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau. In: Sezession 79, S. 26–30.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/10/Sez79-Querfrontpotential.pdf>.

- Kaiser, Benedikt (2018): Marx von rechts? Ausgangspunkte für einen Neubeginn. In: Kaiser, Benedikt / Benoist, Alain de / Fusaro, Diego (Hrsg.): Marx von rechts. Dresden: Jungeuropa, S. 13–64.
- Kaiser, Benedikt (2019a): Blick nach links. Oder: Die konformistische Rebellion. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Kaiser, Benedikt (2019b): Kluge Linke, Tiefer Staat.
In: Sezession 92, S. 66–67.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2020/06/Sez92-68-69.pdf>.
- Kaiser, Benedikt (2019c): Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung.
In: Sezession 93, S. 34–37.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2020/11/Sez93-36-39.pdf>.
- Kaiser, Benedikt (2020a): Linke Lektüre. Eine Anleitung.
In: Sezession 94, S. 25–29.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2021/01/Sez94-27-31.pdf>.
- Kaiser, Benedikt (2020b): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Kaiser, Benedikt (2023): Drei Antworten zum „Bündnis Sahara Wagenknecht“. In: Sezession (online), 24.10.2023.
<https://sezession.de/68287/drei-antworten-zum-buendnis-sahra-wagenknecht>.
- Kaiser, Benedikt / Benoist, Alain de / Fusaro, Diego (Hrsg.) (2018): Marx von rechts. Dresden: Jungeuropa.
- Kaiser, Benedikt / Menzel, Felix (2018): Armut und soziale Gerechtigkeit.
In: Sezession 77, S. 54–57.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/11/Sez77-Dialog-Armut.pdf>.
- Kamann, Matthias (2017): „Das sind die Frontverläufe unserer Zeit“. Interview mit Björn Höcke. In: Die Welt, 30.11.2017.
www.welt.de/politik/deutschland/plus171092617/Das-sind-die-Frontverlaeufe-unserer-Zeit.html.
- Kellershohn, Helmut (2017): Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD. In: Aigner, Isolde / Paul, Jobst / Wamper, Regina (Hrsg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. Münster: Unrast, S. 121–136.
- Kellershohn, Helmut / Becker, Andrea / Schlöter, Laura / Dietzsch, Martin (2023): Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. DISS-Journal 6 (Sonderausgabe).
www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/04/DISS-Journal-Sonderausgabe-6.pdf.
- Kiess, Johannes (2019): Die soziale Konstruktion der Krise. Wandel der deutschen Sozialpartnerschaft aus der Framing-Perspektive. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

- Kiess, Johannes / Nattke, Michael (2024): Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren. Leipzig: edition überland.
- Kim, Seongcheol (2022): Rechte Akteure im Betrieb. Sechs EU-Länder im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-37690-1>.
- Kleine-Hartlage, Manfred (2012): Warum ich kein Linker mehr bin. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Knobloch, Clemens (2018): 1968 als umkämpfter Erinnerungsort (und als Zurechnungsadresse). Duisburg: Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen.
https://nrw.rosalux.de/fileadmin/ls_nrw/dokumente/Publikationen/Clemens_Knobloch_1968_als_umk%C3%A4mpfter_Erinnerungsort.pdf.
- Kositza, Ellen / Kubitschek, Götz (Hrsg.) (2015): Tristesse droite. Die Abende von Schnellroda. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Kubitschek, Götz (2003): Verfügungsräume – Antwort auf Lichtschlags Angebot. In: Sezession 3, S. 42–45.
https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/09/Kubitschek_Verf%C3%BCgungsr%C3%A4ume.pdf.
- Kubitschek, Götz (2011): Sarrazin lesen – eine Bücherschau. In: Sezession (online), 27.1.2011.
<https://sezession.de/22623/sarrazin-lesen-eine-buecherschau>.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: Sezession 76, S. 26–28.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/10/Sez76-Selbstverharmlosung.pdf>.
- Kubitschek, Götz (2018): Provokation. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Kühnl, Reinhard (1966): Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Strasser-Programm von 1925/26. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (3), S. 317–333.
www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1966_3_5_kuehnl.pdf.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2022): Die populistische Vernunft. Wien: Passagen.
- Langebach, Martin / Raabe, Jan (2016): Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 561–592.
https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_18.
- Lau, Mariam (2024): „Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer“. In: Die Zeit 28/2024.
www.zeit.de/2024/28/benedikt-kaiser-neonazi-autor-afd-extremismus.

- Lelle, Nikolas (2021): Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Lelle, Nikolas / Kummer, Imke / Steinbrenner, Lukas / Kirstein, Maximilian / Jendroska, Liliana / Braun, Max (2023): Deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/210922_aas_broschuere-da-105x148_web_doppelseiten.pdf.
- Lenk, Kurt (2005): Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel. In: Kauffmann, Heiko / Kellershohn, Helmut / Paul, Jobst (Hrsg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie. Münster: Unrast, S. 49–63.
- Lichtmesz, Martin (2011): Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Lindemann, Kai (2024): Die Politik der Rackets. Zur Praxis der Herrschenden Klassen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Linden, Markus (2022): Vom Aufklärungs- zum Querfront-Medium? Die Nachdenkseiten als Träger von Ideologie, Scharnier für Verschwörungstheorien und Agenda-Setzer der radikalen Systemopposition. Zentrum Liberale Moderne.
<https://gegenmedien.info/fallstudie-1-nachdenkseiten/>.
- Litschko, Konrad (2024): Schnellroda formiert sich neu. In: taz, 12.5.2024.
<https://taz.de/Institut-fuer-Staatspolitik-aufgeloest/!6007332/>.
- Löhlhöfel, Helmut (2007): Die Interview-Falle. Wie die „Junge Freiheit“ immer wieder Prominente und sogar Sozialdemokraten einspannte. In: Braun, Stephan / Vogt, Ute (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: Springer VS, S. 271–281.
<https://doi.org/10.1007/978-3-531-90559-4>.
- Lorenz, Konrad (1973): Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. München: Piper.
- Luxemburg, Rosa (1913/1975): Die Akkumulation des Kapitals. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke. Band 5: Ökonomische Schriften. Berlin: Dietz, S. 342–365.
- Marsovszky, Magdalena (2023): Ungarns (neu)rechte Kulturpolitik. Magdalena Marsovszky im Interview mit Kathrin Rottmann und Friederike Sigler. In: kritische berichte 51 (3), S. 56–62.
<https://doi.org/10.11588/kb.2023.3.97262>.

- Marx, Karl (1867/2024): Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals (MEW 23). Berlin: Dietz.
- Mau, Steffen / Westheuser, Linus / Lux, Thomas (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Menzel, Felix (Hrsg.) (2017): Rechts!? Eine Strategiedebatte. Chemnitz: Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz.
- Menzel, Felix (2018a): Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung. Eine politische Anleitung. Steigra-Schnellroda: Verein für Staatspolitik.
- Menzel, Felix (2018b): Vom Globalkapitalismus zur nachbarschaftlichen Marktwirtschaft. In: Recherche D 1, S. 6–10.
- Menzel, Felix (2024): Jahresplan 2025. In: Recherche D, 28.10.2024. <https://recherche-dresden.de/jahresplan-2025/>.
- Menzel, Felix / Stein, Philip (Hrsg.) (2013): Junges Europa. Szenarien des Umbruchs. Chemnitz: Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz.
- Mohler, Armin (2020): Der faschistische Stil. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Moreau, Patrick (1984): Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935. Stuttgart: DVA.
- Mouffe, Chantal (2014): Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2021): Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Auszug_aus_BpB_10666.pdf.
- Müller, Stefan (2020): Strategische Lektüre(n) von Rechts? Die Rezeption gramscianischer Hegemonietheorie durch die „Neue Rechte“. In: Kritische Justiz 53 (3), S. 335–347. <https://doi.org/10.5771/0023-4834-2020-3-335>.
- Nachtwey, Oliver (2024): Die Trigger-Partei. In: faz.net, 1.9.2024. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-unheimliche-erfolg-des-bsw-und-das-phaenomen-sahra-wagenknecht-19952350.html.
- Nelson, Thomas E. / Oxley, Zoe M. / Clawson, Rosalee A. (1997): Toward A Psychology of Framing Effects. In: Political Behavior 19 (3), S. 221–246. <https://doi.org/10.1023/A:1024834831093>.

- Neumann, Franz L. (1944): *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, 1933–1944*. New York / London: Oxford University Press.
- Paresse, Charles (2017): Rechte Homestory.
In: *Der Rechte Rand* 168, S. 8–9.
www.der-rechte-rand.de/archive/2544/kubitschek-homestory/.
- Pfahl-Traughber, Armin (2022): Benedikt Kaiser: „Lernen von links“. In: Vukadinovic, Vojin Sasa (Hrsg.): *Randgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität*. Bielefeld: Transcript, S. 151–176.
www.transcript-verlag.de/media/pdf/51/e2/3f/oa9783839459966.pdf.
- Pfahl-Traughber, Armin (2024): „Nationaler Block“: Die Neue Rechte sieht in Ungarn ein Vorbild. *Endstation Rechts*.
www.endstation-rechts.de/news/nationaler-block-die-neue-rechte-sieht-ungarn-ein-vorbild.
- Pirro, Andrea L. P. (2023): Far right: The significance of an umbrella concept. In: *Nations and Nationalism* 29 (1), S. 101–112.
<https://doi.org/10.1111/nana.12860>.
- Priester, Karin (2019): Die Alternative für Deutschland. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 67 (3), S. 443–453.
www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_3_5_priester.pdf.
- Rabehl, Bernd (2002): *Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland*. Dresden: Antaios.
- Rabehl, Bernd (2007): *Linke Gewalt. Der kurze Weg zur RAF*. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Rapp, Tobias (2016): *Der Dunkle Ritter. Was denken Rechte? Ein Besuch bei dem Autor und Verleger Gotz Kubitschek*. In: *Der Spiegel* (51/2016).
www.spiegel.de/spiegel/goetz-kubitschek-der-wichtigste-intellektuelle-der-neuen-rechten-a-1126581.html.
- Recherche Dresden (2024a): Arbeit. Recherche D.
<https://recherche-d.de/lexikon/arbeit>.
- Recherche Dresden (2024b): Arbeitsweise. Recherche D.
<https://recherche-d.de/arbeitsweise>.
- Recherche Dresden (2024c): „Sozial ist Familie.“ (metaphorisches Konzept). Recherche D.
<https://recherche-d.de/lexikon/sozial-ist-familie-metaphorisches-konzept>.
- Recherche Dresden (2024d): Soziales. Recherche D.
<https://recherche-d.de/soziales>.
- Recherche Dresden (2024e): Sozialstaat. Recherche D.
<https://recherche-d.de/lexikon/sozialstaat>.

- Recherche Dresden (2024f): Mitte (des Volkes). Recherche D.
<https://recherche-d.de/lexikon/mitte-des-volkes>.
- Recherche Dresden (2024g): Wikipedia-Korrektur. Recherche D.
<https://recherche-dresden.de/wikipedia-korrektur/>.
- Roepert, Leo (2022): Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild. In: Aschkenas 32 (2), S. 279–301.
<https://doi.org/10.1515/asch-2022-2019>.
- Rogalla von Bieberstein, Johannes (2002): „Jüdischer Bolschewismus“ – Mythos und Realität. Dresden: Antaios.
- Ruth, Thora (1973): Die besseren Argumente. In: La Plata Ruf 65, S. 25.
- Salazar, António de Oliveira (2020): Nationale Revolution und autoritärer Staat. Drei Reden. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: DVA.
- Schilk, Felix (2018): Gebrauchsfertige Theoriebausteine. Die Neue Rechte entdeckt den Gebrauchswert des Werks von Karl Marx. In: Jungle World, 4.10.2018.
<https://jungle.world/artikel/2018/40/gebrauchsfertige-theoriebausteine>.
- Schilk, Felix (2020): Die Soziale Frage als Ordnungsproblem. Zur ideologischen Konvergenz von Konservatismus und Neoliberalismus in der Neuen Rechten. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 111–164.
- Schilk, Felix (2023): Von der „Utopie“ zur „Wirklichkeit“. Biografische und gesellschaftliche Konversionsnarrative rechter Renegaten. In: Kulturwissenschaftliche Zeitschrift 2, S. 142–173.
https://doi.org/10.28937/9783787346561_7.
- Schilk, Felix (2024): Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur politischen Soziologie konservativer Krisennarrative. Bielefeld: Transcript.
www.transcript-verlag.de/media/pdf/e1/89/a7/oa9783839474716.pdf.
- Schmitt, Carl (1923/2017): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1932 ff./2018): Der Begriff des Politischen. Synoptische Darstellung der Texte. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schobert, Alfred (2009): Analysen und Essays. Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus. Münster: Unrast.

- Schönekäs, Klaus (1990): Bundesrepublik Deutschland. In: Greß, Franz / Jaschke, Hans-Gerd / Schönekäs, Klaus (Hrsg.): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 218–349.
<https://doi.org/10.1007/978-3-322-94353-8>.
- Schrenck-Notzing, Caspar von (1965): Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen. Stuttgart: Seewald.
- Schroeder, Wolfgang / Greef, Samuel / Elsen, Jennifer Ten / Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH102_Rechtspopulismus.pdf.
- Schroeder, Wolfgang / Greef, Samuel / Elsen, Jennifer Ten / Heller, Lukas / Inkinen, Saara (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Schüddekopf, Otto-Ernst (1960): Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schulze, Christoph (2016): Das Säulenkonzept der NPD. In: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten. Wiesbaden: Springer VS, S. 77–100.
- Schwerin, Alexander von (2022): Gegenwissen. Die Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und die Grundlagen ihrer Wirkung. In: NTM – Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 30 (4), S. 529–540.
<https://doi.org/10.1007/s00048-022-00349-4>.
- Seitenbecher, Manuel (2013): Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn u. a.: Schöningh.
- Sellner, Martin (2016a): Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis. In: Camus, Renaud / Lichtmesz, Martin / Sellner, Martin / Andersen, Hans Christian (Hrsg.): Revolte gegen den Großen Austausch. Steigra-Schnellroda: Antaios, S. 189–221.
- Sellner, Martin (2016b): Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen. In: Sezession 70, S. 18–22.
<https://sezession.de/57178/von-ungarn-lernen>

- Semsrott, Arne / Jakubowski, Matthias (2021): Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP51_DES_Bildung_von_rechtsaussen.pdf.
- Sepp, Benedikt (2013): Linke Leute von rechts? Die nationalrevolutionäre Bewegung in der Bundesrepublik. Marburg: Tectum.
- Sieferle, Rolf Peter (2019): Marx zur Einführung. Berlin: Landtverlag.
- Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: Nymphenburger.
- Sorce, Giuliana / Rhein, Philipp / Lehnert, Daniel / Kaphegyi, Tobias (Hrsg.) (2022): Exkludierende Solidarität der Rechten. Wiesbaden: Springer VS.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3>.
- Speit, Andreas (2018): Nachhilfe für Patrioten. In: taz, 27.4.2018.
<https://taz.de/Rechtes-Wirtschaftsmagazin-aus-Dresden/!5501238/>.
- Spissinger, Florian (2024): Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. Opladen / Berlin: Barbara Budrich.
<https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2024/06/9783847419976.pdf>.
- Steffen, Tilman (2024): Der stille Strategie. In: Zeit Online, 31.8.2024.
www.zeit.de/politik/deutschland/2024-08/joerg-urban-afd-sachsen-landtagswahlen-ostdeutschland-rechtsextremismus.
- Stein, Dieter (1999): „Ein politisches Kolleg als Vision“. Interview mit Karlheinz Weißmann. In: Junge Freiheit, 5.11.1999.
www.jf-archiv.de/archiv99/459yy03.htm.
- Stein, Philip (2018): Vorwort. In: Kaiser, Benedikt / Benoist, Alain de/Fusaro, Diego (Hrsg.): Marx von rechts. Dresden: Jungeuropa, S. 7–12.
- Sternhell, Zeev (1999): Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg: Hamburger Edition.
- Struwe, Alex (2024): Denken der Neuen Rechten: Ornament und Theoriekitsch. Interview mit Felix Schilk. In: nd, 12.7.2024.
www.nd-aktuell.de/artikel/1183671.neue-rechte-denken-der-neuen-rechten-ornament-und-theoriekitsch.html.
- Tooze, J. Adam (2007): Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München: Siedler.

- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, S. 71–78.
www.blaetter.de/ausgabe/2009/mai/die-mosaik-linke.
- Verein Journalismus und Wissenschaft e. V. (2024): Kontinuierliche Strukturpolitik als Alternative zum Struktur-„Wandel“. Regionalentwicklung für Brandenburg und die Lausitz. Studie im Auftrag der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg. Meißen: Recherche Dresden.
<https://afd-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/05/studie-strukturpolitik-brandenburg.pdf>.
- Vogel, Friedemann / Deus, Fabian / Peters, Hauke (2024): Glossar: Rechte Diskurspraxis in Social-Media. Universität Siegen / Hans-Böckler-Stiftung.
<https://rechte-diskurse.de/glossar-rechte-diskurspraxis-45427.htm>.
- Volkov, Shulamit (2000): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays. München: C. H. Beck.
- von Waldstein, Thor (2017): Thesen zum Kapitalismus. In: von Waldstein, Thor (Hrsg.): Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze wider die liberalistische Lagevergessenheit. Steigra-Schnellroda: Antaios.
- Wamper, Regina / Kellershohn, Helmut / Dietzsch, Martin (Hrsg.) (2010): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Edition Diss 28. Münster: Unrast.
- Ward, Justin (2018): Wikipedia wars: inside the fight against far-right editors, vandals and sock puppets. Montgomery, Alabama: Southern Poverty Law Center.
www.splcenter.org/hatewatch/2018/03/12/wikipedia-wars-inside-fight-against-far-right-editors-vandals-and-sock-puppets.
- Weisbrod, Lars (2024): „Der Kapitalismus muss domestiziert werden“ Interview mit Wolfgang Streeck. In: Zeit Online, 3.9.2024.
www.zeit.de/kultur/2024-09/wolfgang-streeck-buendnis-sahra-wagenknecht-soziologe-partei.
- Weiß, Volker (2011): Deutschlands neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Paderborn u. a.: Schöningh.
- Weiß, Volker (2015): Die „Konservative Revolution“. In: Langebach, Martin / Sturm, Michael (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–120.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-00131-5_5.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Weißmann, Karlheinz (2009): Anarchie.
In: Lehnert, Erik / Weißmann, Karlheinz (Hrsg.): Leitbegriffe.
Steigra-Schnellroda: Antaios, S. 12–14.
- Weißmann, Karlheinz (2012): Maschke, Günter. I
n: Lehnert, Erik / Weißmann, Karlheinz (Hrsg.): Vordenker.
Steigra-Schnellroda: Antaios, S. 141–142.
- Weißmann, Karlheinz (2014): Neuer Realismus.
In: Sezession 59, S. 30–32.
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2014/04/Sez59-Wei%C3%9Fmann.pdf>.
- Weißmann, Karlheinz (2015): „Sonst endet die AfD als ‚Lega Ost‘“. In:
Junge Freiheit, 21.12.2015.
<https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2015/sonst-endet-die-afd-als-lega-ost/>.
- Wohlfahrt, Norbert (2022): Revolution von rechts? Der Antikapitalismus der Neuen Rechten und seine radikalpatriotische Moral – eine Streitschrift. Hamburg: VSA.
- Wölk, Volkmar (2020): Alter Faschismus in neuen Schläuchen? Auf den Spuren der „Neuen“ Rechten: Ideologische Zeitreise von Dresden nach Italien und zurück. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 165–228.

